Heft 102 / 2019

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

30 Jahre seit ‘89

weitere Themen:

- **Arisierungen: Über den Umgang mit der Vergangenheit**
- **Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft**

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.!

Vor 30 Jahren sah der Amerikaner Francis Fukuyama das Ende der Geschichte gekommen. Aus seiner Sicht war die liberale Demokratie des Westens gleichsam das Ziel der Geschichte, über das hinaus keine weitere Entwicklung zu erwarten war außer der globalen Ausbreitung dieser politisch-gesellschaftlichen Ordnung. Fukuyama hat längst eingesehen, dass er sich geirrt hat. Das jüngste Buch des Politologen thematisiert die Krise der liberalen Demokratie, die er vor allem durch die Identitätspolitik gefährdet sieht, die um immer kleinere um Anerkennung kämpfende Identitäten kreise. Eine These, die der Diskussion bedarf.

Gewiss sind Krisenphänomene in vielen westlichen Demokratien nicht zu übersehen, Allerdings stellt sich die Frage, ob es politisch-gesellschaftliche Ordnungen gibt, die für hochentwickelte Länder als Alternativen gelten können. Ich kann sie nicht sehen, schon gar nicht in einem neuen Autoritarismus. Ungeachtet aller Diskussionen über problematische Aspekte unserer gegenwärtigen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse werden jedenfalls nach wie vor die meisten Menschen unseres Landes die Friedliche Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung in einer liberalen und sozialen rechtsstaatlichen Demokratie 1989/90 als unerhörtes Glück deutscher Geschichte begreifen wollen, auch wenn dies nicht das Ende der Geschichte war. Ein Ende der Geschichte gibt es nicht. Demokratieentwicklung und Einheitsbildung sind unabschließbare Prozesse, die verantwortliches Handeln der Bürgerinnen und Bürger immer wieder neu – jeden Tag – erfordern.

In dieser Ausgabe der Zeitschrift werden das Jahr 1989 und die folgende Transformationszeit aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Es geht dabei in besonderer Weise darum, die Friedliche Revolution zu würdigen, wie in unserer Verteilaktion zum 9. Oktober 1989, über die ein Beitrag berichtet. Es geht aber auch darum, Folgen der Versäumnisse zu analysieren, die in den 1990er Jahren nicht ausblieben, und vor diesem Hintergrund den Blick auf die Gegenwart und die Zukunft zu lenken. Es kommen dabei unter anderem die ehemalige Ostbeauftragte der Bundesregierung Iris Gleicke, unser stellvertretender Vorsitzender Eberhard Diepgen und Hans Otto Bräutigam, der diesjährige Träger unseres Vereinspreises, zu Wort.

Wir dürfen die Augen vor heutigen Problemen nicht verschließen, die manchmal im Zeitalter der Social Media arg vergröbert, zum Teil sogar verabsolutiert erscheinen. Etwas mehr Vernunft und Augenmaß, realistischer Gestaltungswille und die Fähigkeit zum Kompromiss scheinen 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung angebracht. Empörung und Wut tragen meist wenig zur Lösung der Probleme in unserer hochkomplexen Welt bei. Und eine Zerstörung der politischen Kultur durch extreme Polarisierung hilft niemandem.

Natürlich stimmt es nachdenklich, dass die beiden angelsächsischen Demokratien, die USA und Großbritannien, in ernsthafte Krisen geraten sind. In ihnen versuchen sich zwei Politiker in einer Weise durchzusetzen, die an autoritäre Regime erinnert. Wahrscheinlich ist, dass sie früher oder später scheitern, was mit einer Beschädigung der Demokratie verbunden sein könnte. Dies ist kein Vorbild für uns in Deutschland – wir haben wahrlich unsere Erfahrungen mit autoritären und totalitären Potentaten gemacht.

Die Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. findet dieses Jahr in Karlsruhe statt. Das hier angesiedelte Bundesverfassungsgericht ist ein Symbol unseres Rechtsstaates, einer wesentlichen Komponente unserer Demokratie. In deren Grundgesetz sind wichtige Erfahrungen der deutschen Geschichte im hegelschen Sinne „aufgehoben", um stets beachtet zu werden.

Ich hoffe, möglichst viele von Ihnen und Euch in Karlsruhe wiederzusehen.

Mit den besten Grüßen

Ihr/Euer

Die **Mitgliederversammlung** von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. findet in diesem Jahr **am 23. November 2019 im Rathaus** am Marktplatz der Stadt **Karlsruhe** statt.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Titelfoto: Lichtfest Leipzig 2019: Nach der Eröffnung begeben sich die Besucher auf den Innenstadtring und folgen der historischen Demonstrationsstrecke von 1989. © PUNCTUM Bertram Kober
Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Theresa Ostertag, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.

Wir bemühen uns allgemeinverständlich zu schreiben und verzichten daher zugunsten der Lesbarkeit auf gendergerechte Sprache. Bei Autorenbeiträgen überlassen wir die Entscheidung den Verfasserinnen und Verfassern.
ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Wir müssen miteinander reden 4

Dieser Tag gehört der Demokratie 7

Berlin nach der Friedlichen Revolution 10

Zusammenarbeiten, wo es geht – trotz politischer Gegensätze 12

Rechtspopulismus in unseren psychoanalytischen Praxen und die Bedeutung transgenerationaler Traumata 14

Die Menschen kommen, wenn sie mitreden können 16

WEITERE THEMEN

75 Jahre nach dem Massaker von Maillé 18

Warum ist es am Rhein so schön? Über die Arisierung einer Chemiefabrik 20

BLOG DEMOKRATIEGESCHICHTEN.DE

„Einig Vaterland"? Eine ganz persönliche „Spur der Steine" von West nach Ost 22

ANALYSE UND MEINUNG

Zur Auseinandersetzung um das Erbe von 1989 23

Gefährdungen der Demokratie: Politikwissenschaftler müssen sich stärker einmischen 26

AUS UNSERER ARBEIT

RAG Südhessen: Auf den Pfaden der Friedlichen Revolution 28

RAG Münsterland: Augenzeugin mit zwölf Jahren 30

RAG Nordbaden: Geschichte begreifen – Demokratie erleben: Das Projekt Lernort Kislau 32

RAG Nordbaden stellt sich vor 34

NAMEN UND NACHRICHTEN

Erklärung über gemeinsame Ziele zur Unterstützung von NachkommInnen von NS-Verfolgten 35

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945 – 1955. Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag. Achterbahn. Europa 1950 bis heute. 36

Radikalisierungsmaschinen. 40

Georg Eckert 1912–1974 Von Anpassung, Widerstand und Völkerverständigung 41

IMPRESSUM 2

VORSTAND UND BEIRAT 43

Iris Gleicke

Wir müssen miteinander reden

Nach der Friedlichen Revolution von 1989 standen vor allem die Themen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Über persönliche Schicksale, die zahlreichen Verluste oder auch Gewinne, über die Suche nach Orientierung und nach einem neuen Weg wurde wenig gesprochen. Es wird auch nicht mehr danach gefragt. Die Sozialdemokratin und ehemalige Ostbeauftragte der Bundesregierung Iris Gleicke blickt zurück – und nach vorn.

Angesichts der Wahlergebnisse der AfD im Osten vergießen jetzt auch diejenigen Krokodilstränen, mit denen jahrzehntelang über Themen wie Lohnangleichung, Abwanderung und die Folgen nicht zu reden war. Im Westen erwartete und erwartet man von den Brüdern und Schwestern die Anerkennung der in der Tat immensen Transferleistungen und eine gewisse Dankbarkeit. Aber zu dieser Demut waren diejenigen im Osten nicht bereit, die ihre eigene Lebensleistung aus der DDR- und der für viele bitteren Nachwendezeit nicht anerkannt sahen und sich schlicht unverstanden fühlten. Zu solchem Verständnis war der Westen wiederum weder bereit noch in der Lage. Keiner kann aus seiner Haut, das ist eine ebenso banale wie bittere Wahrheit. Auch mit der West-SPD, das sei hier freimütig eingeräumt, wurde es mit den Jahren immer schwieriger, über den Osten und darüber zu reden, was dort noch getan werden muss.

Das vollmundige Entsetzen über den regional geradezu triumphierenden Rechtspopulismus bei all denen, die in der Vergangenheit immer wieder beschwichtigt und abgewiegelt haben, entpuppt sich spätestens dann als einigermaßen billige Heuchelei, wenn man sich vor Augen führt, dass es immer wieder warnende Stimmen gab. Die in der Folge aufbrandenden Diskussionen ebbten jedoch immer wieder ziemlich rasch ab. Sie wurden vielfach bewusst niedergeschwiegen oder geflissentlich ignoriert. Man gab sich vielfach der trügerischen Hoffnung hin, es handele sich um bloße Kinderkrankheiten der noch jungen Demokratie, die mit der Zeit vergehen würden. Den zahlreichen Bündnissen gegen rechts, die sich fast

Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen kamen zusammen und erzählten sich ihre Geschichten: Eindrücke aus den Erzählsalons in Plessa, …

Foto: Antje Käske

Foto: Benjamin Rasche

… in Lauchhammer …

überall dort bildeten, wo der Rechtsextremismus seine hässliche Fratze zeigte, wurde die Arbeit dadurch nicht eben erleichtert.

Was also tun, heute, im nunmehr 30. Jahr der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls? Augen zu und durch? Ich glaube, das böse Erwachen, zu dem solche Ignoranz wohl immer führt, hat unterdessen schon eingesetzt.

Ich spreche mich selbst von der Emotionalität, mit der die Debatte oft genug geführt wird, keineswegs frei. Wenn man in Diskussionen über die Ursachen des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im Osten auf die katastrophale Massenarbeitslosigkeit der 1990er Jahre, auf gravierende Fehler wie die brachiale Durchsetzung des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ oder die Fehler der Treuhandanstalt hinweist, schallt einem auch von wohlmeinenden Linken alsbald die Belehrung entgegen, all das könne ja wohl keine Entschuldigung für Ausländerhass und das Brüllen faschistischer Parolen sein. Ich gebe zu, dass das bei mir gelegentlich ein gewisses Kratzen im Hals auslöst, weil man dadurch quasi gezwungen wird, beständig zu wiederholen, was man doch unzählige Male gesagt und den eigenen Ausführungen vorangestellt hat: Dass das selbstverständlich gar nichts entschuldigt. Aber dass man all das berücksichtigen muss, wenn man über den Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Osten redet und ihn verstehen will. Die berechtigte Empörung über die Untaten der Rechtsextremisten darf uns nicht vom Versuch abhalten, die Untiefen des braunen Sumpfes zu ergründen. Sonst werden wir ihn niemals trockenlegen können. Ich sehe keinen Sinn darin, mit Neonazis und anderen Rechtsextremisten zu diskutieren – die muss man mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen. Alles andere führt zu nichts. Wenn man mit Fanatikern diskutieren könnte, wären sie keine Fanatiker mehr. Aber mit den Wählerinnen und Wählern der Rechtspopulisten muss man reden. »

… und Sedlitz.

Foto: Heiko Schnippa

Foto: Detlef Hecht

Iris Gleicke leitete auf der Abschlussveranstaltung des Projektes „Die Lausitz an einen Tisch“ selbst einen Erzählsalon.

» **Unsere gemeinsame Vergangenheit können wir nicht ändern, aber wir können sie und einander besser verstehen.**

Und uns Deutschen in Ost und West bleibt auch gar nichts anderes übrig, als offen miteinander zu reden. Unsere gemeinsame Vergangenheit können wir nicht ändern, aber wir können uns immer wieder daran machen, sie besser und damit einander besser zu verstehen. In dieser Hinsicht bieten die Jahresfeiern zu 30 Jahre Friedliche Revolution und 30 Jahre Deutsche Einheit eine echte Chance.

Reden wir darüber, dass im Osten nach der Wende kein Stein auf dem anderen geblieben ist, über das, was die Sozialwissenschaftler „Transformationsprozess“ nennen und was auch den Westen nachhaltig verändert hat. Reden wir darüber, dass die Vollendung der sozialen Einheit nach wie vor ganz oben auf der Tagesordnung steht. Reden wir über das, worauf wir gemeinsam stolz sein können, zum Beispiel darüber, wie die starken Ostfrauen das Frauenbild im ganzen Land zum Besseren verändert haben. Reden wir vor allem darüber, was wir gemeinsam noch leisten müssen, zum Beispiel eine noch wirksamere Förderung der strukturschwachen Regionen in Ost und West.

Wir fangen da nicht bei null an. Für diese Debatten gibt es erprobte Modelle und Foren wie etwa die Erzählsalons, die ich als Ostbeauftragte in der Lausitz gefördert habe. Da haben die Menschen die Gelegenheit erhalten, ihre ureigene(n) Geschichte(n) zu erzählen. Hören wir einander zu! Der Verzicht auf Stereotype und auf vorgestanzte Erklärungsmuster ist die Voraussetzung dafür. Das Ziel ist, dass die Einheit auch für diejenigen gelingt, die im geteilten Deutschland aufgewachsen sind und über unterschiedliche, aber gleich wertvolle Erfahrungen verfügen.

Unsere Kinder und Enkel betrifft das nur insofern, als wir uns wünschen, dass sie uns mit unseren Fehlern, aber auch mit unseren Leistungen verstehen und akzeptieren können. Es ist unterdessen eine Generation herangewachsen, die Mauer und Teilung nicht mehr kennt und ihre eigenen, hoffentlich gemeinsamen Träume und Lebensentwürfe entwickelt hat. Allein das sollte ein Grund zum Feiern sein! ■

Erzählsalons in der Lausitz

Das Projekt „Die Lausitz an einen Tisch“ brachte an verschiedenen Orten der Lausitz Menschen zusammen, die sich gegenseitig ihre Geschichten erzählten und darüber diskutierten, was ihnen unter den Nägeln brennt. Die Geschichten wurden dokumentiert und sorgten vor allem in den Ortsgemeinschaften für viel Gesprächsstoff. Die aussagekräftigsten Geschichten wurden prämiert und in Buchform unter dem Titel „Lausitz. Lebensgeschichten einer Heimat“ veröffentlicht. Unter *www.lausitz-an-einen-tisch.de* kann man sie auch als Download finden.

Iris Gleicke war bis 2017 Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und ist Mitglied im geschäftsführenden Vorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ruth Wunnicke und Annalena Baasch

Dieser Tag gehört der Demokratie

Das entscheidende Ereignis der Friedlichen Revolution war die große Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig. 70.000 Demonstranten überwanden ihre Angst und stellten sich mit Kerzen den bewaffneten Sicherheitskräften entgegen. Trotz angedrohter militärischer Gewalt skandierten die Menschen „Wir sind das Volk". Die Polizei zog sich angesichts dieser überwältigenden Massen zurück. Damit hatten die Demonstranten in Leipzig entscheidend zum Sturz des DDR-Regimes beigetragen. Der Mauerfall und auch die Deutsche Einheit wären ohne den 9. Oktober 1989 nicht möglich gewesen. Die Leipziger begehen diesen besonderen Tag jedes Jahr mit einem stimmungsvollen Lichtfest (siehe Titelfoto).

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat gemeinsam mit Kooperationspartnern eine Straßenkampagne in mehreren Städten mit Postkarten, Aufklebern und Stofftaschen organisiert und damit öffentlich an diese mutige Leistung der Menschen in Leipzig erinnert. Bundesweit waren Gruppen unterwegs, um mit Passanten über die Ereignisse ins Gespräch zu kommen. Es wurde informiert, diskutiert und über die Verteilaktion ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit mit den Menschen geschaffen, die damals in Leipzig und anderswo ein großes Risiko im Namen der Freiheit eingingen. Thema war darüber hinaus aber auch, wie wir heute Politik mitgestalten und politische Unzufriedenheit artikulieren können. Unter dem Hashtag #ZeitfürDemokratie haben wir die Kampagne über Facebook, Twitter, Instagram und den Demokratiegeschichten-Blog begleitet.

Foto: Liane Czeremin

Am Infostand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Kino International.

Mitgemacht haben unter anderem die RAGs Mittelrhein, Mittleres Ruhrgebiet, Rhein-Ruhr-West mit dem Stadtjugendring Duisburg, Münsterland mit der Villa ten Hompel, Rhein-Main, Heide mit dem Gymnasium Heide-Ost, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordhausen, die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg sowie mehrere Koordinationsstellen der Partnerschaften für Demokratie, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" vom Bundesfamilienministerium gefördert werden.

Der Vorsitzende des Bonner Potsdam-Club e.V. Walter Christian (li.) und der Sprecher der RAG Mittelrhein Prof. Dr. Friedhelm Boll.

Foto: privat

Die RAG Mittelrhein nutzte zum Beispiel eine Veranstaltung anlässlich der 30-jährigen Städtepartnerschaft von Bonn und »

Fotos: privat

Auch im Rahmen der Plakatausstellung der Partnerschaft für Demokratie Boizenburg/Elbe-Lübtheen werden Taschen, Postkarten und Aufkleber verteilt (Bild links). Neumitglied Jacob Hirsch beim Herrichten des Info-Stands in Bonn. (Bild rechts).

» Potsdam für die #ZeitfürDemokratie-Kampagne. Die Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. präsentierte das Thema mit einem Info-Stand bei der Premierenvorstellung des Familienfilms „Fritzi. Eine Wendewundergeschichte“ über ein Mädchen aus Leipzig, das mitten in die Oppositionsbewegung hineingerät und die Friedliche Revolution hautnah miterlebt. Im traditionsreichen Berliner Kino International, in dem früher viele DEFA-Filmproduktionen Premiere feierten, konnten Kinder bei der Premierenveranstaltung ein Quiz über die Friedliche Revolution spielen und viele Fragen stellen. Einige Kinder fühlten sich von der im Film gezeigten Leipziger Montagsdemonstration an ihr eigenes Engagement für den Klimaschutz und die „Fridays for Future“-Bewegung erinnert. Eltern erklärten ihnen den Unterschied: „Für euch ist es nicht gefährlich zu protestieren, heute ist es erlaubt, seine Meinung frei kundzutun. Das war 1989 in der DDR anders.“

Unterstützt wurde das Projekt mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ■

Till Lieberz-Gross (Bild oben) und RAG-Sprecher Andreas Dickerboom vor dem Stoltze-Brunnen in der Altstadt von Frankfurt am Main (Bild unten).

Horst Wiechers und Monika Schoppmann verteilten für die RAG Münsterland Infomaterial und Zeit-für-Demokratie-Taschen an einer Schule in Dülmen.

Foto: Liane Czeremin

Der Infostand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Kino International in Berlin. Marianne Birthler hielt ein Grußwort zur Premierenvorstellung von „Fritzi. Eine Wendewundergeschichte“ (Bild rechts).

Was geschah am 9. Oktober 1989 in Leipzig?

Am Montag, 9. Oktober 1989, verbreitet sich in Leipzig in Windeseile das Gerücht: In Leipzigs Krankenhäusern seien zusätzliche Blutkonserven angekommen, alle Chirurgen stünden in Bereitschaft. Die Einwohner der Stadt hören es mit Furcht. Denn das Gerücht passt zu dem Eindruck, die SED wolle an diesem Tag die Demonstration ohne Rücksicht auf Verluste niederschlagen. Nur zwei Tage zuvor waren allein in Berlin 1.047 Demonstranten festgenommen worden. Obwohl sie „Keine Gewalt“ riefen, wurden sie von den Sicherheitskräften der DDR geschlagen und verhaftet.

Seit einigen Jahren finden in der Leipziger Nikolaikirche montags Friedensgebete statt. Seit Anfang September 1989 wird anschließend demonstriert. Jeden Montag nehmen mehr und mehr Menschen teil. Auch an diesem Montag befürchten sie, dass die Sicherheitskräfte der DDR den Demonstrationszug stoppen, wie in den Wochen zuvor. Während immer mehr Menschen zum Montagsgebet in die Nikolaikirche strömen, sind in den Nachbarhäusern um die Kirche Sicherheitskräfte aus Armee und Polizei versteckt. In Leipzig werden an diesem Tag 8.000 Sicherheitskräfte zusammengezogen, Krankenhäuser und Ärzte sind in Alarmbereitschaft versetzt. Als das Friedensgebet am Abend beginnt, ist die Nikolaikirche überfüllt. Menschenmassen stehen um die Kirche und warten auf den Start der Montagsdemonstration.

70.000 Menschen sind an diesem Abend in Leipzig zusammengekommen. So viele wie an keinem anderen Ort in der DDR zuvor. Viele befürchten nun das Schlimmste. In China ist wenige Monate zuvor auf dem Platz des Himmlischen Friedens eine Großdemonstration blutig niedergeschlagen worden. Die Organisatoren der Demo verteilen Aufrufe mit der Bitte „Enthaltet Euch jeder Gewalt!“. Auch drei prominente Leipziger verfassen gemeinsam mit SED-Funktionären einen Aufruf zu Besonnenheit und gegen Gewalt. Der Aufruf richtet sich an Demonstranten und Sicherheitskräfte. Sie verbreiten ihn über den Stadtrundfunk. Die Aufrufe fruchten. Die Polizei und die Parteiführung in Leipzig erkennen, dass Gewalt gegen so viele Menschen keine Lösung ist. Die 70.000 friedlichen Demonstranten ziehen durch die Stadt, die Polizei hält sie nicht mehr auf.

Die kommunistische Diktatur erleidet die entscheidende Niederlage. Nur einen Monat später fällt die Berliner Mauer. Darum gilt der 9. Oktober 1989 als Wendepunkt im Verlauf der Friedlichen Revolution.

Ruth Wunnicke ist Projektleiterin und wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Annalena Baasch ist Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle von bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Interview

Berlin nach der Friedlichen Revolution

„Wir mussten ein gewachsenes Gegeneinander überwinden."

Nach der Friedlichen Revolution sollte die bisher geteilte Stadt Berlin zur Hauptstadtmetropole des vereinten Deutschlands werden. Eine riesige Aufgabe, für die es keine Vorbilder gab. Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und in der Transformationszeit Regierender Bürgermeister von Berlin, erinnert sich im Interview.

Als Sie im Januar 1991 erneut Regierender Bürgermeister wurden: Wie haben Sie die Situation in Berlin zu dieser Zeit empfunden?
Es war eine Stadt voller Erwartungen und nervöser Spannung. Die neuen Freiheiten wurden ausgetestet und gleichzeitig wuchs bei vielen die bange Frage, wie es denn persönlich weitergehen würde. Nach der Euphorie der erfolgreichen ostdeutschen Revolution gab es eine wachsende Ernüchterung insbesondere auch über die wirtschaftliche Ausgangsposition und Entwicklung. Auch erinnere ich an den Satz von Bärbel Bohley: „Wir träumten von Gerechtigkeit und erlebten den Rechtsstaat." In der Berliner Landespolitik überwogen Respekt und Freude angesichts der riesigen Aufgabe, die über viele Jahre geteilte Stadt zusammenzuführen.

Foto: Harry Soremski

Eberhard Diepgen.

Im Vergleich zum übrigen vereinten Deutschland trafen in Berlin die unterschiedlichsten Menschen besonders geballt aufeinander. Zum Beispiel lebten im Ostteil Berlins die meisten Vertreter der politischen Elite der SED-Diktatur ebenso wie viele DDR-Bürgerrechtler. In den Westbezirken gab es eine große Anzahl von Migranten. Welche Herausforderungen ergaben sich daraus?
Die Bevölkerungsentwicklung in den beiden Teilen der Stadt war sehr unterschiedlich. Auch die Zuwanderung aus anderen Regionen Deutschlands. In West-Berlin lebten viele Menschen mit „schwäbischem Migrationshintergrund", im Osten hörte man den Berliner Dialekt schon traditionell häufiger als im Westen. Hinzu kam ein unverkennbar sächsischer Hintergrund. Entscheidend aber war ein anderes Neben- und Gegeneinander: Sie nannten die Eliten der SED. In der Tat war die Hauptstadt der DDR ein Konzentrationspunkt der Eliten des Landes: Regierung, Parteien, Industrieunternehmen und Universitäten. Das alte West-Berlin war dagegen von dem ständigen Kampf gegen den Versuch der DDR und der Sowjetunion geprägt, die kommunistische Herrschaft auf ganz Berlin auszudehnen. Immer gab es auch im Verhältnis zu Bürgern aus dem Westen Deutschlands Benachteiligungen für die West-Berliner. Immer gab es besondere Erschwernisse für die wirtschaftliche Entwicklung. Dieses gewachsene Gegeneinander war mit dem 3. Oktober 1990 nicht einfach verschwunden. Es zu überwinden, sensibel damit umzugehen, die betroffenen Menschen bei Entscheidungen zur Neugestaltung, zu den Schwerpunkten bei Investitionsvorhaben mitzunehmen, war eine größere Herausforderung als alle noch so schwierigen Entscheidungen zum Aufbau einer gemeinsamen Infrastruktur.

Welche waren die wichtigsten Ziele, die Sie sich als Regierender Bürgermeister gesetzt hatten, um das Zusammenwachsen der Stadt zu befördern?
Mir ging es immer um ein klares städtebauliches Konzept und die Einbindung Berlins in die Metropolenregion, die sich nach dem Fall der Mauer entwickeln musste. Für die Stadt ging es um die Verbindung von Wohnen, Leben und Arbeiten sowie die Rettung der Stadtstruktur, die nach Krieg und Vernachlässigung in der Nachkriegszeit noch vorhanden war. Für den Blick über die Stadtgrenzen gab es das Konzept der sogenannten dezentralen Konzentration. Damit sollte auch an die Entwicklung der von der Metropole weiter entfernten Regionen Brandenburgs gedacht werden. Und noch wichtiger war es ja, die Entwicklungen in Verwaltung und Wirtschaft ohne soziale Eruptionen zu gestalten. Jede Investitionsentscheidung wurde misstrauisch daraufhin beäugt, ob da nicht wieder zu viel für den einen Teil der Stadt zu Lasten des anderen in Angriff genommen werden sollte. Diese Diskussion gab es trotz des bemerkenswert breit und lange akzeptierten Grundsatzes „Aufbau Ost vor Ausbau West".

Für mich persönlich das Wichtigste: Dem Regierenden musste überall abgenommen werden, dass er und der Senat für eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und West-Berlin kämpfen. Dazu gehörte „gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Also keine Unterschiede im Lohn, weil man auf der anderen Straßenseite wohnte. Als wir das für die Bereiche umsetzten, in denen das Land entscheiden konnte, wurde Berlin aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgeschlossen.

Was für Lehren haben Sie aus dieser Zeit gezogen? Gibt es Dinge, die Sie heute anders bewerten als damals?
Natürlich. Später ist man immer klüger und sollte sich das auch eingestehen. Ich will aber eine Grundposition der damaligen Zeit bekräftigen. Mein Credo war immer die Forderung nach Maß und Mitte bei politischen Entscheidungen. Oft wurde der Berliner Senat zu Entscheidungen nach dem Motto gedrängt: Alles im Hauruckverfahren und ohne den Blick auf die Auswirkungen, die es links und rechts einer oft unausweichlichen Entwicklung gibt. Gleichzeitiger Personalabbau in Industrie, Verwaltung, städtischen Versorgungseinrichtungen und Krankenhäusern: Das hätte in Berlin zu der von mir angesprochenen sozialen Eruption, einem sozialen Aufstand geführt. Wir haben es dann Schritt für Schritt gemacht. Auch das war für viele schmerzlich, aber insgesamt für die Stadt eher verkraftbar.
Sie vermuten zu Recht, dass ich mit diesem Bekenntnis auch Maß und Mitte in aktuellen Diskussionen und Entscheidungen in der deutschen und europäischen Politik einfordere.

Gibt es einen Moment, an den Sie besonders gern zurückdenken?
Die Freude und Erleichterung über das sehr knappe Abstimmungsergebnis, mit dem Berlin im Juni 1991 deutsche Hauptstadt werden sollte, ist mir durch das nachträgliche Gezerre und die Entscheidung zu einem Doppelsitz in Berlin und Bonn 1994 vergällt worden. So steht jetzt der 31. August 1994 im Vordergrund. Am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow waren russische Truppen angetreten. Sie sangen: „Deutschland, wir reichen dir die Hand und kehren zurück ins Vaterland." Dann rückten sie im Stechschritt ab und eine Formation der Bundeswehr rückte nach. Das war das Ende vieler Sorgen, die wir auch nach dem 9. November 1989 angesichts der Entwicklungen in der Sowjetunion noch um die Neuordnung in Europa haben mussten.

Wo sehen Sie Berlin heute, sind Unterschiede zwischen Ost und West noch immer prägend für die Stadt?
Das will ich mit einem eindeutigen Nein beantworten. Natürlich gibt es in beiden Teilen noch Nischen der Nostalgie. Und eine typisch deutsche Diskussion rückt 30 Jahre nach dem Fall der Mauer Träume aus der Zeit des Widerstandes gegen den real existierenden Sozialismus und auch die Enttäuschungen über die wirtschaftliche Entwicklung viel zu stark in den Vordergrund.

Für Deutschland sind aus meiner Sicht nicht die Unterschiede zwischen der Gesamtheit der sogenannten Neuen Länder und der alten Bundesrepublik entscheidend, sondern die Vergleichbarkeit strukturschwacher Gebiete quer durch das ganze Land. Dabei darf nicht verdrängt werden, dass es Verlierer der großen Veränderungen nach 1990 gab und auch Menschen, für die mit dem Ende der DDR eine Welt zusammengebrochen ist. Für Berlin ist das alles aber nicht mehr prägend. Die politischen Konflikte orientieren sich in allen Politikfeldern an anderen Interessengruppen. Hinzu kommt, dass Zu- und Abwanderung das Bild der Stadt politisch verändert haben. Wenn ich jetzt die Berliner Mieten- und Immobilienpolitik als Zeichen einer Re-Ideologisierung der früher starken pragmatischen Linken beschreiben würden, käme ich in den Verdacht, eine parteipolitische Brille zu tragen. In einem Heft von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. will ich das vermeiden.

Noch eine ganz andere Frage: Sie werden voraussichtlich demnächst nicht mehr als Stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zur Verfügung stehen. Was möchten Sie den Mitgliedern für die kommenden Jahre sagen, welche Schwerpunkte sind aus Ihrer Sicht in Zukunft für den Verein wichtig?
Mit Bernd Faulenbach ist in den vergangenen Jahren der Blick immer mehr auf die deutsche und europäische Erinnerungskultur mit ihren demokratischen Traditionen gelenkt worden. Mir erscheint das sehr wichtig für das Selbstverständnis Deutschlands im Europa der Nationen. Nach der Geschichte unseres Vereins muss die Auseinandersetzung mit den deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts weiter ein wichtiges Thema sein. Aber – ich zitiere da immer gerne Richard Schröder und seine Forderung, wir dürften das Jahr 1933 nicht zu einer Sichtblende vor der ganzen deutschen Geschichte werden lassen – wir werden uns auch mehr mit der Entwicklung der Demokratie in Deutschland kämpferisch auseinandersetzen müssen. Nicht nur gegen rechts. Mir geht es um das Spannungsfeld zwischen den immer lauter gewordenen Forderungen nach direkter Demokratie. Wir müssen die parlamentarische, die indirekte Demokratie stärken. Auch muss deutlich gemacht werden, dass Demokratie eine Regierungsform ist, die funktionsfähig sein und bleiben muss. Ich bin besorgt, dass unsere Demokratie sich mit Forderungen nach vermeintlich echter Demokratie handlungsunfähig macht: nämlich mit der Verlagerung von Entscheidungen in von engagierten Minderheiten bestimmte Volksabstimmungen, mit einer ausufernden Bürokratie und den Versuchen gesetzgeberischer Einzelfallentscheidungen. Das alles kann und wird im internationalen Wettbewerb der Regierungssysteme den Ruf nach mehr Autorität und auch autoritären Regierungsformen stärken. Da muss Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sich in die politische Auseinandersetzung stürzen. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin

Das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow. Hier wurden 1994 russische Truppen verabschiedet.

Foto: Jan Schapira

Interview

Zusammenarbeiten, wo es geht – trotz politischer Gegensätze

Dr. Hans Otto Bräutigam war in den 1970er-Jahren an den Verhandlungen im Rahmen der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung beteiligt und später sechs Jahre lang Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR. Nach der Vereinigung wurde er Justiz- und Europaminister im Land Brandenburg. Kaum jemand sonst kennt die verschiedenen Perspektiven auf die deutsch-deutschen Beziehungen von damals so gut wie er. Im Interview erklärt Bräutigam unter anderem, welche Bedeutung seine Erfahrungen heute noch haben.

Trotz der starken Interessensgegensätze der beiden deutschen Staaten und vieler Rückschläge in den Beziehungen gelang es der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Einfluss auf diplomatischer Ebene auszuüben und für viele betroffene Menschen Erleichterungen zu schaffen. Wenn Sie zurückblicken: Welche Lehren haben Sie aus Ihren langjährigen Erfahrungen gezogen, die auch heute im Umgang mit autoritär regierten Staaten hilfreich sein könnten?

Meine erste Schlussfolgerung: Man muss miteinander reden. Das heißt, auch mit denen reden, die ganz andere Auffassungen und andere Ideologien vertreten.

Zum zweiten: Im deutsch-deutschen Konflikt gab es Positionen aufseiten der DDR-Regierung, die wir nicht teilten, aber respektiert haben. Die Bundesrepublik hatte zum Beispiel an der gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit festgehalten, die DDR hingegen hat gesagt: Wir haben unsere eigene Staatsangehörigkeit, die gesamtdeutsche gibt es nicht mehr. Wir wussten, dass wir uns darüber nicht verständigen können und haben versucht, den Streit darüber zu vermeiden.

Ein dritter Punkt: Bei all den ideologischen Gegensätzen haben wir uns auf praktische Lösungen konzentriert. Dort, wo die Menschen direkt betroffen waren. In der Frage des Reiseverkehrs etwa konnte es keine grundsätzliche Einigung geben. Aber es ist gelungen darauf hinzuwirken, dass Ausreisen möglich sind, wenn es um Familienzusammenführungen geht.

Schließlich der letzte Punkt: Dort, wo es keine Meinungsverschiedenheiten gibt, sollte man bereit sein zusammenzuarbeiten, trotz der politischen Gegensätze. Ein Konfliktthema im Kalten Krieg, bei dem die beiden deutschen Staaten zusammenwirken konnten, war zum Beispiel Abrüstung und Rüstungskontrolle. Ein wichtiges Thema. Auch in den Bereichen Handel, Kultur und Wissenschaft ist es sehr bald gelungen zusammenzuarbeiten. Das war in vielerlei Hinsicht ein erfolgreicher Ansatz.

Foto: ADN/Bundesarchiv

Hans Otto Bräutigam im Jahr 1984 beim Neujahrsempfang des Staatsrates der DDR im Gespräch mit Erich Honecker.

Werden diese Prinzipien heute noch ausreichend beherzigt?

Ja sicher, nur nicht mit einer solchen Intensität wie damals. Nehmen Sie den Fall China. China ist weiterhin ein diktatorisch geführter Staat, der in der internationalen Politik aber eine immer wichtigere Rolle spielt. Wir haben mit China einen Dialog geführt, den Handel entwickelt. Das heißt wir haben uns gesagt, auch wenn wir dieses System in keiner Weise billigen, müssen wir mit dieser Regierung zusammenarbeiten. Das ist ganz wichtig.

Mit Ländern wie Polen oder Ungarn könnte man sich jetzt doch ebenfalls vorstellen, über einen politischen Dialog Einfluss auf die innere Entwicklung dieser Staaten nehmen zu können. Ich bin der Meinung, dass wir einen solchen Dialog suchen sollten.

Wir sollten uns auch an internationalen Vermittlungsbemühungen beteiligen. Sicherlich gibt es Fälle wie Venezuela in Südamerika, bei dem andere Staaten besser geeignet sind Einfluss zu nehmen, weil sie näher dran sind.

In der Ukraine-Frage aber zum Beispiel ist es wichtig, mit den Staaten, die davon berührt sind, in Kontakt zu bleiben und zu versuchen den schwerwiegenden Konflikt zu entschärfen. Das sollte man nicht allein den Konfliktparteien überlassen. Sonst kommt dabei nicht viel heraus. Das gilt auch für den Syrienkonflikt. Da sollten sich die Europäer nicht heraushalten, sondern eine aktive Vermittlungspolitik betreiben. Was nicht der Fall ist.

Jetzt haben wir es heute auch vermehrt mit populistischen Regierungen zu tun, bei denen Kommunikation mehr über Twitter als über einen Dialog stattfindet, wobei auch Fakten manchmal keine Rolle mehr zu spielen scheinen. Wie reagiert man darauf?

Das ist ein komplexes Problem, im Umgang mit solchen Verhaltensweisen gibt es denke ich keine allgemeingültigen Prinzipien, wie man sich verhalten sollte. Aber auch gegenüber solchen populistischen Bewegungen bin ich der Meinung, dass wir sie nicht völlig ausgrenzen sollten. Es kann sein, dass man so nicht weiterkommt. Aber wir sollten uns bemühen.

Während der Verständigung über den Einigungsprozess 1990 und in den darauffolgenden Jahren hat man viele Bilder gesehen, auf denen Staatschefs oder Minister bei Treffen in lockerer, privater Umgebung zu sehen waren. Wird heute weniger Wert auf den persönlichen Kontakt und eine vertrauensschaffende Atmosphäre von Gesprächen gelegt?

Das kann ich nicht sagen. Sie spielen weiterhin eine große Rolle. Im Kalten Krieg war das ein sehr wichtiger Aspekt. Helmut Schmidt hat sich zum Beispiel sehr darum bemüht, gute Kontakte zu Erich Honecker aufzubauen. Das gilt besonders auch für Egon Bahr, dem wichtigsten Berater von Willy Brandt, der sich sehr um ein freundschaftliches Verhältnis zu Valentin Falin bemüht hat, der wiederum ein wichtiger Berater der sowjetischen Führungsspitze war. Das gute Verhältnis der beiden war Voraussetzung dafür, dass der Moskauer Vertrag 1970 zustande gekommen ist. Sie haben auch im Hintergrund der Verhandlungen gewirkt, als es um das Viermächteabkommen über Berlin ging, das heute fast vergessen ist, damals aber einen wichtigen Fortschritt im Ost-West-Verhältnis gebracht hat.

Heute sehen Sie zum Beispiel bei Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, die ja auch ähnliche Charaktere zu sein scheinen, dass eine gute persönliche Beziehung politisch erfolgreich wirken kann. Auch wenn ich nicht unbedingt billigen kann, was die beiden tun, diese Beziehung spielt im Syrien-Konflikt noch immer eine Rolle. Gerade in diesem Konflikt halte ich persönliche Kontakte für sehr wichtig, selbst mit dem Iran. Ich bedaure, dass die USA dabei sind sich zurückzuziehen. Gemeinsam mit den Amerikanern zu versuchen, eine Friedensregelung für Syrien zu finden, fände ich nach wie vor sinnvoll.

Während der Transformationszeit nach 1989 waren Sie Justizminister in Brandenburg. Hier ist wie in anderen Bundesländern auch heute die rechtspopulistische AfD relativ stark geworden. Ein Erklärungsansatz für dieses Wahlverhalten ist, dass sich viele Menschen in den ostdeutschen Regionen jetzt, aber vor allem auch in der Zeit nach der Vereinigung zu wenig gehört fühlten, ihre Belange zu wenig Beachtung fanden. Was denken Sie darüber, stimmt diese Einschätzung?

Auf Brandenburg in den 1990er Jahren bezogen würde ich das nicht bejahen. Da hat es einen ganz guten Kontakt zwischen der politischen Ebene und der Bevölkerung gegeben. Ich selbst habe mich auch immer bemüht, wenn ich zum Beispiel vor Ort bei Gerichten zu tun hatte, mich etwa mit dem Bürgermeister zu treffen und mich an Gesprächen zu beteiligen. Es hat in den Aufbaujahren in Brandenburg eine positive Rolle gespielt, mit den Menschen im Gespräch zu bleiben und zu hören, was sie sich wünschen. Auch Kirchen und Vereine spielen eine wichtige Rolle in einem solchen Dialog.

In der Politik auf Bundesebene ist es natürlich schwieriger, in allen Regionen den Kontakt zur Bevölkerung zu pflegen. Den gab es allerdings zu wenig. Und in den Dialogen, die stattfanden, ist die Rolle der Ostdeutschen in der Friedlichen Revolution nicht genügend anerkannt worden. Die Ostdeutschen haben einen bemerkenswerten Mut gezeigt, auf die Straße zu gehen, und zu Tausenden für mehr Demokratie- und Freiheitsrechte zu demonstrieren. Diesen eindrucksvollen Mut hat man im Westen kaum zur Kenntnis genommen. Bedenkenswert war ja auch der gewaltfreie Ansatz, den die Demonstranten immer wieder betont haben: „Keine Gewalt!“ Vor allem auch in Leipzig am 9. Oktober, wo sich auch führende SED-Politiker deutlich dafür ausgesprochen haben, keine Gewalt anzuwenden. An diese Dinge sollte man sich auch heute erinnern.

Meines Erachtens hat es in der alten Bunderepublik vor und nach der Vereinigung ohnehin wenig Verständnis für die Leistungen der Ostdeutschen in der Zeit der Teilung zum Beispiel in den Bereichen der Kultur und der Wissenschaften gegeben. Das hat zu einer gewissen Entfremdung geführt, die bis heute fortwirkt. Nachdem diese Nachwirkungen der Teilung noch immer nicht ganz überwunden sind, sollte man dies ändern und an diese Leistungen erinnern.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin

Bräutigam erhält Preis
Gegen Vergessen – Für Demokratie

Für sein Lebenswerk erhält Dr. Hans Otto Bräutigam den Preis *Gegen Vergessen – Für Demokratie 2019*. Der Verein zeichnet damit einen Diplomaten und Politiker aus, für den sowohl die internationale als auch die deutsch-deutsche Verständigung herausragende Ziele seines Wirkens waren und der wie kaum ein anderer verschiedene Perspektiven bei den Bemühungen um das politische und gesellschaftliche Zusammenwachsen des Landes berücksichtigte. Die Preisverleihung findet am Tag der Mitgliederversammlung am 23. November in Karlsruhe statt.

Maria Johne

Rechtspopulismus in unseren psychoanalytischen Praxen und die Bedeutung transgenerationaler Traumata

Wenn wir mit Menschen konfrontiert werden, die rechtspopulistische Thesen vertreten, löst dies bei denjenigen, die grundsätzlich andere Wertorientierungen haben und andere Vorstellungen davon vertreten, wie persönliche und gesellschaftliche Konflikte gelöst werden können, heftige Gefühle von Verunsicherung, Hilflosigkeit und Wut aus. Dies bringt zunehmend auch Psychoanalytiker und Psychotherapeuten in ihren Behandlungen in Nöte.

Seit einigen Jahren kommt es vermehrt zu Äußerungen von Patienten in Therapie- und Analysestunden, die rechte Gedanken enthalten. Kindertherapeuten berichten, dass Kinder heute nationalsozialistische Symbole wie das Hakenkreuz in ihren Bildern verwenden oder damit die Wände des Puppenhauses oder sogar des Behandlungszimmers „verzieren". Ich selbst habe Adoleszente behandelt, die mit rechtsradikalen Gruppen sympathisieren. Aber auch Patienten aus der Mitte unserer Gesellschaft zeigen oft abwertende Einstellungen anderen gegenüber und haben eine fremdenfeindliche Grundeinstellung. Einige sind orientierungslos und wünschen sich eine Lösung ihrer Probleme von außen, ohne selbst Verantwortung übernehmen zu müssen, andere haben Angst.

Dies zeigt sich in verschiedenen psychischen Erkrankungen, wo oft zu Beginn der Behandlung noch unklar ist, welche persönlichen Erfahrungen und familiären Hintergründe die aktuellen Konflikte verursachen. Ich möchte kurz auf einen jungen Mann eingehen, der einer „schlagenden Verbindung" angehört. Er kam zu einigen Gesprächen, weil der Vorstand seines Vereins psychotherapeutische Hilfe für angezeigt hielt. Es war immer wieder zu aggressiven Auseinandersetzungen gekommen, die zu einer sozialen Isolation des jungen Mannes führten. Die Psychotherapie sollte nun helfen, seine Probleme zu korrigieren. Es entwickelte sich schnell eine sehr aggressive und teilweise beängstigende Atmosphäre im Behandlungszimmer. Er beschwerte sich über die Ungerechtigkeit der Welt und versuchte, Angst zu verbreiten. Rechtsradikale Ideen teilte er mit seinem Umfeld. Er war wenig motiviert, seine Einstellungen zu hinterfragen oder Zusammenhänge mit seiner Familie herzustellen.

Wenn Politik in der Therapie zum Thema wird

Vielversprechender ist die Arbeit mit Patienten, die auf eigenen Wunsch den Weg in eine psychoanalytische Behandlung suchen. Zunehmend bringen Patienten auch aktuelle politische Ereignisse und politische Einstellungen und Haltungen in die Therapiesitzungen ein. Das kann beim Therapeuten heftige Gefühle von Unverständnis, Hilflosigkeit und Wut auslösen. Als Psychoanalytiker kann man sich aber auch nicht schweigend jede Äußerung der Patienten anhören oder dem Impuls folgen, sich von den rechtspopulistischen Statements der Patienten abzugrenzen, nach Gegenargumenten zu suchen oder über Wahrheit zu diskutieren. Das würde schnell den therapeutischen Rahmen sprengen und zur Eskalation und zum Ende der Therapie führen.

Stattdessen stelle ich mir oft die Frage: Warum bricht gerade jetzt genau dieses äußere Ereignis in die Behandlung ein? Wichtig ist, dies gemeinsam mit dem Patienten zu verstehen. Hier kann es dem Therapeuten helfen, Fragen zu stellen, um die eigene Dialogfähigkeit aufrechtzuerhalten oder zurückzugewinnen und einen Reflexionsprozess beim Patienten in Gang zu bringen. Nur so können Zusammenhänge zu Erfahrungen des Patienten und zu seiner Familiengeschichte hergestellt werden und aus psychoanalytischer Sicht verstanden werden. Zweifellos ist der therapeutische Rahmen dafür sehr hilfreich. Dieser erlaubt es dem Therapeuten, eine emotionale Distanz zum Geschehen zu gewinnen und dem Patienten eine Interpretation anzubieten, die dieser annehmen kann.

Schwierig gestalten sich psychotherapeutische Behandlungen mit radikalen jungen Erwachsenen, die sich offen mit rechtsradikalen Gedanken in die Therapie einbringen. Übrigens stellen auch Patienten aus der radikalen und gewaltbereiten linken Szene in den Behandlungen eine besondere Herausforderung dar.

Im Hintergrund stehen oft transgenerationale Traumatisierungen

Auch wenn es viele Motive und Ursachen für politische Radikalisierungsprozesse gibt, aus meiner Sicht ist es unerlässlich, sich mehr als bisher auch mit den transgenerationalen Traumatisierungen und der transgenerationalen Weitergabe von nicht aufgearbeiteter Schuld in den Familien zu befassen. Das stößt innerhalb der Familien oft auf großen Widerstand. Wenn die Eltern oder Großeltern von Patienten schuldhaft in die Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt waren, treffen wir in den Familien oft auf ein tiefes Schweigen über die Vergangenheit. Aber auch die Verwicklung der Eltern in den Machtapparat der DDR wird vor den Kindern nur selten offen besprochen. Vielfach wird die Wahrheit verzerrt dargestellt oder es besteht eine Mystifizierung der Eltern als Opfer. Das führt zur persönlichen Schuldentlastung bei den Eltern. Diese vermeiden eine eigentlich nötige Übernahme von Verant-

Collage: Alexander Atanassow; Vorlage: Mike Renpening / pixabay; Icons: freepik.com (3)

Schweigen Großeltern oder Eltern über ihre schuldbehaftete Vergangenheit, hat dies häufig Auswirkungen für die nachfolgende Generation.

wortung für die Vergangenheit, was bei der nächsten Generation wiederum zu einem verzerrten Realitätsgefühl führt. Mangelt es den Eltern an der Übernahme persönlicher Verantwortung, ist die Fähigkeit der Kinder, die sich meist als Patienten vorstellen, häufig eingeschränkt, nach der Wahrheit zu fragen. Das führt dauerhaft zu einem schwerwiegenden Vertrauensverlust zwischen den Generationen, der auch auf gesellschaftliche Prozesse übertragen wird (etwa auf einen Vertrauensverlust gegenüber den regierenden Parteien).

Eine wichtige Ursache für den Zulauf zur AfD und das Aufflammen rechtsradikaler Bewegungen in Ostdeutschland besteht dabei in der ungenügenden Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus in der ehemaligen DDR. Der Gründungsmythos des Antifaschismus diente der Schuldentlastung der Bevölkerung für die begangenen Verbrechen in der NS-Zeit. Durch die Spaltung Deutschlands wurde dieser Umgang mit der eigenen Geschichte in der DDR manifestiert.

Bereits in der ehemaligen DDR und besonders in den 1990er Jahren gab es eine gewaltbereite und gewalttätige rechtsradikale Szene im Osten Deutschlands. Diese Tatsache fand aber erst eine angemessene Aufmerksamkeit in ganz Deutschland, als die Machenschaften der Terrorgruppe NSU aufgedeckt wurden. Anhänger von Terrorgruppen werden nicht in psychoanalytischen Behandlungen auftauchen. Aber auch Psychoanalytiker können dazu beitragen, dass sich junge Menschen nicht in eine antidemokratische, fundamentalistische oder radikale Richtung entwickeln.

Eine ganz andere Seite: Mittlerweile kommen auch schwer traumatisierte junge Migranten in psychotherapeutische Behandlungen. Sie suchen Hilfe für die erlittenen schweren Traumata durch Krieg und Flucht. Oft können Eltern, die selbst schwer traumatisiert sind, ihren Kindern nicht den notwendigen Halt bieten. Für „unbeelterte" Jugendliche, die ohne Familie und oft allein nach Europa gekommen sind, ist der Verlust von Mutter und Vater in der Pubertät nur selten ohne psychische Folgen zu verarbeiten. Vor diesen Jugendlichen haben viele Menschen in unserem Land Angst.

Eine Integration dieser jungen Menschen ist aber nur möglich, wenn es die gesellschaftlichen Bedingungen zulassen. Dazu kann eine gute psychotherapeutische Versorgung im Erstaufnahmelager und weitere psychotherapeutische Hilfe einen wichtigen Beitrag leisten.

Analog dazu können Psychoanalytiker Ostdeutschen helfen, die sich als Jugendliche nach dem Mauerfall von ihren verunsicherten Eltern alleingelassen fühlten und in rechtsradikalen oder kriminellen Szenen zusammengefunden hatten.

Natürlich können Psychotherapeuten die gesellschaftlichen und politischen Probleme nicht im Behandlungszimmer lösen, aber die Psychoanalyse kann einen Beitrag dazu leisten und ihre spezifischen Möglichkeiten dazu nutzen, ein freies Denken und Zuhören sowie die Übernahme persönlicher Verantwortung für das eigene Leben sowohl in den Behandlungen als auch im gesellschaftlichen Raum zu fördern und zu ermöglichen. ■

Maria Johne ist Diplom-Psychologin und arbeitet als Psychoanalytikerin für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie als Gruppenanalytikerin in einer eigenen Praxis in Leipzig. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist Psychoanalyse und Gesellschaft. Sie ist außerdem stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Sie steht auch für Veranstaltungen und zum Austausch zur Verfügung. Den Kontakt vermittelt gern die Geschäftsstelle.

■ Weiterführende Literatur:

Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.)
Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft.
Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018.
Gießen, Psychosozial-Verlag.

Lohl, J., Brunner, M. & Wirth, H.-J. (Hrsg.)
Rechtspopulismus. Psychoanalytische, tiefenhermeneutische und sozialwissenschaftliche Zugänge,
in: Psychosozial, 42. Jg. (2019), Heft II (Nr. 156).

Interview: DDR-Geschichtsvermittlung und Rechtspopulismus

Die Menschen kommen, wenn sie mitreden können

Rechtspopulisten vereinnahmen zunehmend die Bürgerbewegung von 1989 und den Umgang mit DDR-Geschichte für ihre Zwecke. In den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen konnte man auf AfD-Plakaten lesen: „Hol dir dein Land zurück – vollende die Wende“ oder „Wir sind das Volk!“ Auch einzelne Mitglieder der ehemaligen DDR-Bürgerrechtsbewegung sympathisieren heute mit Rechtspopulisten. Im Interview erklärt der Historiker Dr. Jens Schöne, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Foto: Fanny Heidenreich

Jens Schöne

Der Slogan „Wir sind das Volk!“ ist ein Stück DDR-Geschichte und ein Stück Demokratiegeschichte. Heute wird dieser Satz auch von den Rechtspopulisten besetzt. Auf welche Weise tun sie das?

Der Slogan spiegelte in der DDR das Gefühl wider, nicht genug wahrgenommen zu werden, nicht genug mitreden zu können, nicht genug selbst bestimmen zu können über das eigene Leben. Und das ist der Punkt, an dem die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten jetzt anknüpfen. Sie versuchen das Bild zu vermitteln: „Ihr könnt nicht genug mitreden, ihr könnt nicht genug mitentscheiden, ihr könnt nicht über euer eigenes Leben entscheiden …“ Und hier ist das zentrale rechtspopulistische Einfallstor, über das wir reden: Vermeintlich Zukurzkommende wollen unter der umgewidmeten Losung „Wir sind das Volk!“ wieder mitreden. Was allerdings irreführend ist, weil wir in einer Demokratie leben, in der es immer Mitsprache- und Partizipationsmöglichkeiten gibt. Die mediale Nutzung dieses Slogans ist geschickt, aber im Grunde völlig entgegengesetzt zu dem, wofür er ursprünglich stand.

Zudem stilisiert der Rechtspopulismus sich als „Stimme gegen das Establishment“, ja als Widerstand. Hier gibt es eine strukturelle Ähnlichkeit zu dem, was 1989 lief. Wobei ich klar festhalte: Inhaltlich reden wir über zwei völlig verschiedene Dinge. Wer 1989 auf die Straßen ging, ist bis zu einem bestimmten Zeitpunkt in den Knast eingefahren. Wer heute auf die Straßen geht, lässt sich die Demonstration genehmigen und kann mit seinen Gesinnungsgenossinnen und -genossen weitgehend unbehindert herummarschieren. 1989 war eine Bewegung für Öffnung in jeglicher Hinsicht – in die Welt hinein, politisch, demokratisch. Aktuell ist es aus meiner Sicht eher die Umkehrung. Es geht um Abschottung, nicht nur Abschottung gegenüber Flüchtlingen aus der ganzen Welt, sondern auch gegen geistige Vielfalt. Dabei bieten rechtspopulistische Kreise keine Problemlösungen an, die nachvollziehbar wären.

Wieso kommen Rechtspopulisten mit diesen Umdeutungen durch?

Das grundsätzliche Problem ist, dass wir in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu viele Leerstellen gelassen haben, in die jetzt von rechts eingedrungen werden kann. Wir erzählen eine Geschichte der DDR, in der sich nur eine Minderheit der Bevölkerung wiederfindet.

Es war absolut wichtig und richtig, dass wir uns als historische Zunft und Aufarbeitende in den 1990er Jahren erst einmal den Themen Opposition, Widerstand und Unterdrückung gewidmet haben. Es ist auch wichtig, uns weiter damit zu beschäftigen. Aber nun müssen wir den Blick weiten. Wir müssen fragen: Wie war denn das tatsächlich für den Bauern X oder die Verkäuferin Y auf dem Dorf und in den Kleinstädten? Wir wissen bis ins Detail, was 1989/90 in Berlin und in Leipzig stattgefunden hat. Wir wissen aber so gut wie

nichts über Kyritz oder Luckenwalde. Genau hier stoßen die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten hinein, die sagen: „Wir hören euch zu, wir erzählen euer Leben!"

Wie können Historiker und Aufarbeitende die Menschen besser erreichen, auch jenseits der Großstädte?
Das Bild muss bunter werden. Wir sollten nicht nur die Vielfalt der Geschichten wahrnehmen, sondern auch versuchen, sie zu verstehen. Die DDR war zudem mehr als nur Stasi und Partei. Es hat Leben stattgefunden, durchaus auch schönes Leben. Natürlich sollte bei dieser Betrachtung immer der Rahmen berücksichtigt werden, unter welchen Bedingungen dieses Leben stattgefunden hat. Auch mit Partei und Stasi, aber eben nicht nur mit Partei und Stasi.

Würden wir diese Lebenswirklichkeit genauer beschreiben, wären wir auch wieder dichter an den Menschen und an ihren Erfahrungen dran. Und wenn wir das tun, schließen wir ein wenig die Einfallstore für rechtspopulistische Argumente.

Außerdem lebte damals mehr als die Hälfte aller Menschen auf dem Land. Viele Menschen finden sich in Erzählungen über Berlin, Leipzig oder Dresden nicht wieder. Wir müssen also auch darüber reden, was es bedeutete, im Jahr 1988 in einer verfallenden Stadt wie Anklam zu leben. Wir müssen versuchen zu begreifen, was es bedeutete, im Jahr 1987 in einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) zu arbeiten. Das Leben und Arbeiten folgte dort anderen Regeln und anderen Gedanken als das Geschehen in den großen Städten.

Auch anhand der Abläufe auf dem Land kann man erklären: Wie funktioniert Diktatur? Wie funktioniert Gewalt in Diktaturen? Wie funktioniert das Ruhigstellen von Mehrheiten? Natürlich kommen bei einer Veranstaltung über die LPGn keine 100 Leute, aber man hat ein Publikum. Denn die Menschen kommen, weil sie mitreden können.

Gerade in ländlichen Regionen ist es zudem sehr wichtig, auf bestehende lokale Strukturen zurückzugreifen. Man kann zum Beispiel mit dem Heimatmuseum zusammenarbeiten oder mit dem Förderverein der Dorfkirche. Vereine sind Gesellschaftskerne und als solche wichtig für die Demokratisierung. Dort tauscht man sich aus und ist im Gespräch. Diese Institutionen haben ihr Publikum. Von ihnen können Anregungen kommen. Für die Vereine vor Ort ist ein solcher Kontakt ebenfalls hilfreich. Sie erfahren dadurch Stärkung, die wiederum demokratiefördernd ist.

Und wie sprechen wir junge Menschen an, die die DDR gar nicht erlebt haben?
Für heutige Schülerinnen und Schüler und für Studierende spielt die DDR zunächst einmal überhaupt keine Rolle mehr. Sie beziehen ihr eigenes Leben nicht mehr auf das, was damals war. Aber Oma und Mutter sitzen oftmals mit am Tisch und erzählen ihre Erinnerungen. Und dann müssen die Nachwachsenden eine Interpretation für sich finden. Studierende sagen mir oft: „Herr Schöne, wir haben das ja letzte Woche alles besprochen, aber meine Mutter sagt, das war alles anders." So. Das ist doch eine wunderbare Ausgangslage, um darüber zu diskutieren. Und die verschiedenen Erzählungen über die DDR einzuordnen.

Wir müssen auch stärker als bisher darüber nachdenken, welche Bedeutung die DDR in der Gegenwart hat. Die Leute kommen, um zu hören: „Was hat das mit uns zu tun?" Sie kommen kaum mehr, um zu hören: „Was war 1979 in der DDR los?"
Ein Gegenwartsbezug ließe sich zum Beispiel herstellen, wenn heute eine Schulklasse nach nonkonformem Verhalten an ihrer Schule in der DDR-Zeit forscht. Man muss dabei nicht gleich von Opposition und Widerstand sprechen. Nonkonformes Verhalten könnten die Schülerinnen und Schüler mit heutiger Protestkultur rückkoppeln – ich denke etwa an die „Fridays for Future"-Demonstrationen. Hier bringen sie ihre eigenen Erfahrungen ein und haben damit einen Anknüpfungspunkt an die historischen Themen.

Es würde nach meinem Empfinden auch helfen, wenn die DDR-Aufarbeitungsszene insgesamt jünger und weiblicher würde. Eine Podiumsdiskussion mit vier Professoren mit einem Durchschnittsalter von 70 Jahren lockt keinen mehr hinter dem Ofen hervor, schon gar nicht die nachwachsende Generation.

Oder nehmen wir die Zeitzeugenarbeit. Ein Hoch auf die Zeitzeugen! Wir brauchen sie unbedingt. Aber zugespitzt formuliert: Wir haben zu oft nur diese eine Idee. Für manche Institutionen gilt erkennbar die Vorstellung, dass wir nur immer mehr Zeitzeuginnen und Zeitzeugen einsetzen müssen, die von früher erzählen und wie schlimm alles war. Doch so verlieren wir. Wir müssen ideenreicher werden, vielfältiger.

Gibt es unter DDR-Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auch einen Rechtsruck?
Rechtspopulismus ist kein spezifisches Problem von DDR-Zeitzeuginnen und DDR-Zeitzeugen oder der DDR-Aufarbeitung. Genau wie er in anderen Teilen der Gesellschaft präsent ist, ist er es eben auch hier. Ich bin vorsichtig, da ein Spezialproblem zu sehen. Doch genauso deutlich muss man sagen: Ja, diese Erscheinung gibt es auch in diesem Bereich.

In diesem Zusammenhang gilt es, ein weiteres Phänomen zu berücksichtigen. Einige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen haben in der DDR Verletzungen und Repressionen erlitten, wodurch sie heute alles politisch Linke ablehnen. Und je stärker man Links ablehnt, umso größer ist die Gefahr, irgendwann rechts zu landen. Lange Zeit hieß es: „Antikommunismus ist immer demokratisch." Das ist ein Irrtum! Es gibt unterschiedliche Spielarten des Antikommunismus. Nicht jeder, der den Kommunismus ablehnt, muss deswegen ein Demokrat sein.

Gleichzeitig, das sei ausdrücklich betont, gibt es genug DDR-Zeitzeuginnen und -Zeitzeugen, die von ganzem Herzen demokratisch und antikommunistisch denken.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Die Fragen stellte **Ruth Wunnicke**. Ein ausführliches Interview mit Dr. Jens Schöne können Sie in der demnächst erscheinenden Publikation: „Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus" lesen.

Friedhelm Boll

75 Jahre nach dem Massaker von Maillé

Zeitzeugen erzählen ihre Geschichte – teilweise zum ersten Mal.

Bei der Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an das lange vergessene NS-Massaker im französischen Dorf Maillé war Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zum dritten Mal in Folge mit einer Delegation vertreten. In diesem Jahr haben sich acht Mitglieder unserer Vereinigung sowie vier Mitglieder der deutschen katholischen Friedensbewegung pax christi der Reise angeschlossen.

Bei meinen bisherigen Reisen nach Maillé war mir aufgefallen, dass immer wieder Bewohner des Dorfes das Gespräch mit mir suchten (lesen Sie hierzu den Beitrag in der Zeitschrift 95/2018). Viele betonten, dass diese Besuche wichtig für die deutsch-französische Verständigung wie für die Einigung Europas seien. Zuletzt waren es verstärkt Zeitzeugen, die mit mir ins Gespräch kamen, um von ihren traumatischen Erlebnissen zu berichten. Diese Erfahrungen veranlassten mich, den Opferverein Pour le Souvenir de Maillé zu bitten, in diesem Jahr ein Treffen mit Zeitzeugen und deren Kindern zu arrangieren.

Foto: Maison du Souvenir, Maillé

Friedhelm Boll bei der Kranzniederlegung.

Im Vorfeld waren wir natürlich aufgeregt, noch vier Wochen vor der Veranstaltung hatten nur drei Zeitzeugen ihr Kommen zugesagt. Insgesamt leben nur noch etwa 25 bis 30 Zeugen des Massakers. Nun allerdings hatten sich kurz vor der Gedenkfeier rund 20 Zeitzeugen und einige ihrer Kinder für die Begegnung mit uns angemeldet. Auch die Leitung des Opfervereins war überrascht von dieser großen Bereitschaft zu dem Treffen mit uns. Wir mussten uns in mehrere Gruppen aufteilen, um allen Gesprächsangeboten gerecht zu werden. Eine kleine Gruppe machte Hausbesuche bei zwei älteren Damen, die noch nie als Zeitzeuginnen aufgetreten waren, aber trotz ihres Alters und ihrer Gebrechen dabei sein wollten.

Gisèle Bourgouin, über die ich bereits im vergangenen Jahr berichtet habe, kam als Erste. Sie hatte eigentlich abgesagt, weil sie inzwischen stark gehbehindert ist und außerdem ihren kranken Mann zu pflegen hat. Kurz vor dem Termin entschied sie sich dennoch, ihre Geschichte noch einmal vorzutragen. Sie kam gemeinsam mit ihrer Tochter und ihrer 93-jährigen Cousine. Gisèle Bourgouin war aufgeregt, hatte ihre Geschichte ausgedruckt mitgebracht und gleichzeitig einen Zettel mit Stichworten bereitgelegt. Der Tag des Massakers war ihr Geburtstag. Noch immer treibt es sie um, dass sie stundenlang in höchster Angst im Keller saß und immer nur denken konnte, wie schrecklich ihr Geburtstag sei. Sie sagte mit Tränen in den Augen, dass sie in ihrem gesamten Leben keinen Geburtstag mehr gefeiert habe, weil der Tag immer dem Gedenken an die Opfer gewidmet war.

Wie in diesem Fall war es den Zeitzeugen wichtig, so genau und so ausführlich zu erzählen, wie sie konnten. Eine Zeitzeugin lud uns ein, mit ihr den noch immer existierenden Stall zu besichtigen, in dem ihre Familie überlebt hatte. Niemand dürfe diesen Stall abreißen, sagte sie.

Eine andere Zeitzeugin berichtete, dass ihre Mutter ermordet worden war und ihre Stiefmutter sie danach in verschiedene Heime gab, wo sie immer wieder große Probleme hatte. Niemand wollte sie haben, niemand wollte von ihren traumatischen Kindheitserlebnissen etwas wissen. Überaus dramatisch verlief die Rettung einer Familie, die mitansehen musste, wie eines der Kinder auf den Hof lief. Der Vater wollte den Jungen zurückholen, wurde aber vom Rest der Familie zurückgehalten, weil er sonst das Familienversteck verraten hätte. Die lebenslangen Schuldgefühle dieser Eltern kann man sich ausmalen.

Auch die Jahre nach dem Massaker spielten eine große Rolle in den Gesprächen. Da war von Klaustrophobie die Rede, von der eine Zeugin noch immer heimgesucht wird. Sie führt sie auf die frühkindliche Angst im dunklen Keller zurück, in dem sie als Zweijährige einen ganzen Tag bei Revolverschüssen, Brandgeruch und Bombeneinschlägen zubringen musste. Da wurde von einem Überlebenden erzählt, der unter den erschossenen Eltern lag und nur überlebte, weil er sich totstellte,

Foto: Maison du Souvenir, Maillé

Susanne Deufel-Herbolte, Reinhard Herbolte, Gisèle Bourgoin (Zeitzeugin), Jochen Dieckmann, Friedhelm Boll, Ursula Schroeter, Bärbel Dieckmann.

aber rechtzeitig verschwinden konnte, als die Flammen der brennenden Leichen drohten, auf seine Kleider überzugehen. Ein anderer berichtete, dass er und seine Familie in Tours bereits ausgebombt worden waren und danach in Maillé Zuflucht fanden. Sie hatten sich in den Keller der Sakristei retten können, aber nun waren sie zum zweiten Mal ausgebombt. Sie hatten wirklich überhaupt nichts mehr.

Ein großes Thema war das lange Schweigen vieler Zeitzeugen, das auch die nachfolgende Generation belastete. Eine ältere Dame, die sich an viele Einzelheiten des Massakers sowie an die Wochen des Aufräumens an der Seite ihres Vaters erinnern konnte, war mit drei ihrer vier Kinder erschienen. Diese begleiteten ihre Mutter, weil sie zum ersten Mal etwas von deren damaligen Erlebnissen erfahren wollten. Offenbar hatte unsere Einladung dazu geführt, dass die ältere Dame Mut fasste, jetzt endlich uns, den Deutschen, wie auch ihren Kindern ausführlich zu berichten. Bisher hatte sie ihnen gegenüber nie oder nur wenig erzählt. „Ich habe ihr sogar einen Brief geschrieben", sagte die Tochter. „Doch Mutter wollte nicht erzählen."
Zum ersten Mal hatten die Überlebenden eine solche Einladung von einer deutschen Besuchergruppe erhalten. Zum ersten Mal waren sie in großer Zahl einer solchen Einladung gefolgt. Ein einschneidendes Erlebnis für alle Beteiligten und wohl auch für die Erinnerungsgeschichte Maillés insgesamt. Die Berichte über das schreckliche Geschehen und über das anschließende Schweigen wirkten lange in uns fort.

Der Abschied verlief sehr herzlich. Die Zeitzeugen bedankten sich ausführlich, manche hinterließen kleine Geschenke, ließen Erinnerungsfotos von unserer Begegnung machen und luden uns ein, im nächsten Jahr wiederzukommen. Tief betroffen von den aufwühlenden persönlichen Erzählungen und den unglaublichen Emotionen, die wir erlebt hatten, verließen wir Maillé. Die Versöhnungsarbeit mit Maillé hat nun eine neue Dimension bekommen. ■

Foto: Friedhelm Boll

Im Januar 2018 hatte Friedhelm Boll bereits eine Delegation aus Maillé in Bonn und Berlin empfangen und zwei Zeitzeugenveranstaltungen durchgeführt (Zeitschrift 95/2018). Serge Martin, Vorsitzender der Opfergemeinschaft Pour le souvenir de Maillé, erhielt kürzlich auf Anregung Bolls das Bundesverdienstkreuz. Bei der diesjährigen Gedenkfeier legten neben Friedhelm Boll für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auch Vertreter von pax christi und der Deutsch-französischen Gesellschaft Cluny e.V. Hamburg Blumengebinde nieder. Der bereits 1947 gegründete Cluny e.V. wurde durch Prof. Barbara und Dr. Michael Vogel vertreten, die ebenfalls Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sind. Maillés Bürgermeister Bernard Eliaume empfing die Delegation sehr herzlich.

Prof. Dr. Friedhelm Boll ist Vorstandsmitglied und Sprecher der RAG Mittelrhein von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Armin H. Flesch

Warum ist es am Rhein so schön?

Über die Arisierung einer Chemiefabrik und den heutigen Umgang des Unternehmens mit seiner Vergangenheit

In Lahnstein, direkt am Rheinufer, erstreckt sich das Fabrikgelände der Firma Zschimmer & Schwarz. Die meisten Gebäude sind hell und freundlich verkleidet und strahlen in der Sonne. Vis-à-vis liegt Schloss Stolzenfels, der Rhein fließt breit und behäbig vorbei und die biologische Kläranlage von Zschimmer & Schwarz sorgt dafür, dass die Firmenabwässer das schöne Bild nicht trüben.

Dafür sorgt auch der Umgang des Chemieunternehmens mit seiner eigenen Geschichte. 2015, zu Beginn meiner Recherchen, liest sich das auf der Firmenwebsite wie folgt: „1894 gründeten Otto Zschimmer und Max Schwarz in Chemnitz eine Chemikalien-, Farben- und Drogengroßhandlung. Das Unternehmen entwickelte sich rasch und erfreulich gut."

Chemnitz, das sich später vorübergehend Karl-Marx-Stadt nannte, liegt in Sachsen und war zwischen 1945 und 1990 kein bevorzugter Standort für familiengeführte Unternehmen. So ist leicht vorstellbar, warum sich der Hauptsitz von Zschimmer & Schwarz nicht mehr dort, sondern in Lahnstein befindet. Wann die Firma in den Westen kam, konnte ich ebenfalls auf der Firmenwebsite lesen: „1939 wurde in Lahnstein am Rhein eine Chemie- und Gerbstofffabrik erworben. Sie bildete nach dem Krieg die Basis zum Aufbau des Hauptsitzes der heutigen Firmengruppe." Unter welchen Bedingungen diese Fabrik jedoch erworben wurde und wem sie gehörte, darüber verriet www.zschimmer-schwarz.com mir nichts.

Also rief ich Dr. Christian Rudolf Schwarz an, Mitinhaber der Zschimmer & Schwarz Holding GmbH & Co KG. Doch er mochte die Frage, wie sein Unternehmen an den Rhein kam, nicht beantworten: „Wenden Sie sich an die Geschäftsleitung in Lahnstein." Auch Geschäftsführer Dietmar Clausen war zu einem Interview nicht bereit. Die Erwähnung des ursprünglichen Namens der Lahnsteiner Fabrik, der „Flesch-Werke AG" mit Hauptsitz in Frankfurt am Main, werde auf der Website demnächst nachgeholt, der Kauf sei rechtmäßig verlaufen.

Stattdessen erhielt ich per Post einige Seiten der Z&S-Firmenchronik. „Die Gerbstoffwerke Carl Flesch jr.", so heißt es dort, „gerieten […] in wirtschaftliche Schwierigkeiten und verpfändeten 1926 ihre Aktien an ein Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank. Die Kredite konnten nicht zurückgezahlt werden, und so entschlossen sich die Banken im September 1937, die Aktien zu versteigern. Käufer war das Berliner Bankhaus Hardy & Co., das die Aktien allerdings wenige Monate später an einen Privatinvestor verkaufte."

Der Name des „Privatinvestors" wird ebenso wenig erwähnt wie der Umstand, dass es sich tatsächlich um zwei Herren handelte. Der erste war Carl Goetz, seit 1933 Vorstandssprecher, ab 1936 Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank. Die Hausbank der SS profitierte stärker von Arisierungen als jedes andere deutsche Geldinstitut. In der Chronik von Zschimmer & Schwarz ist sie nur eine Bank, „die den Nationalsozialisten nahegestanden haben soll."

Im Fall der Flesch-Werke immerhin besonders nah, denn Privatinvestor Nummer zwei war der thüringische NSDAP-Gauwirtschaftsberater Otto Eberhardt. Gauwirtschaftsberater spielten bei der Arisierung eine zentrale Rolle, indem sie Firmendossiers anlegten, durch Justiz und Gestapo Druck auf jüdische Eigentümer ausübten und nach potenziellen Käufern Ausschau hielten.

Exakt nach diesem Drehbuch verlief auch die Arisierung der Flesch-Werke: Parallel zur Kündigung des Bankkredits sitzt Vorstand Herbert Flesch in Gestapohaft. Sein Vater Carl Flesch wird derweil unter Druck gesetzt, den Sohn aus der Geschäftsleitung

Foto: privat

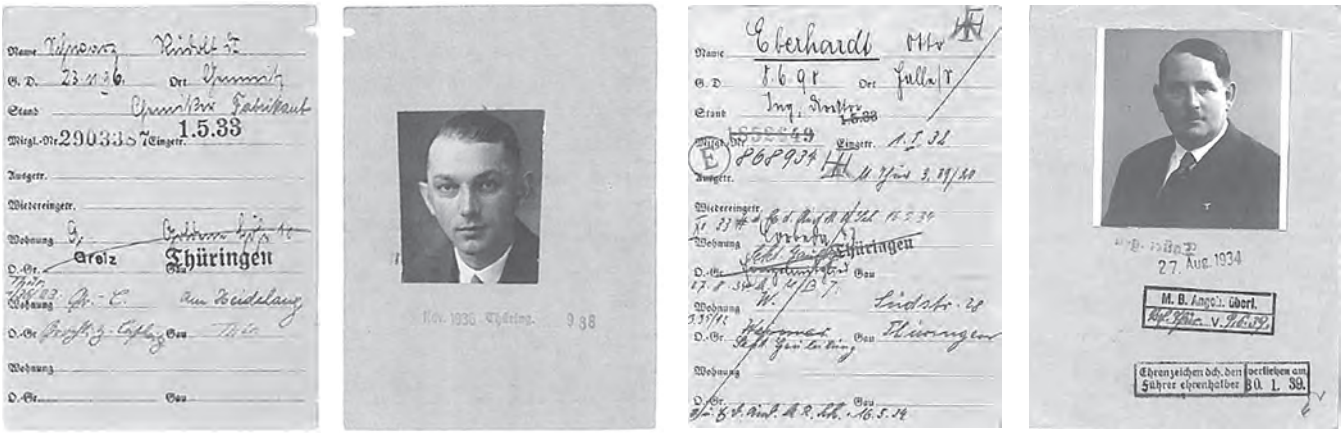
Herbert Flesch 1971 in Barcelona

zu entlassen. Nachdem dies erfolgt ist und ein „Treuhänder" der Dresdner Bank seinen Stuhl einnimmt, kommt Herbert Flesch 1935 aus der Haft frei. Um einer weiteren Inhaftierung zu entgehen, flieht er aus Deutschland.

Im Dezember 1935 stirbt der Vater, die Ariseure haben freie Bahn. Zunächst geht das Frankfurter Stammwerk an die Adler-Werke, einen Hersteller von Automobilen und Büromaschinen. 1937 werden die Flesch-Aktien dann an Hardy & Co. verkauft und wenig später an Goetz und Eberhardt weitergereicht. Die beiden zahlen der Bank 296.000 Reichsmark. 1939 gelangen die Flesch-Werke schließlich für 440.000 Reichsmark in den Besitz von Zschimmer & Schwarz.

Fragt sich, warum ausgerechnet ein Käufer aus dem fernen Chemnitz die Fabrik übernehmen kann? Die Antwort findet sich in den Archiven: Zschimmer & Schwarz besitzt seinerzeit eine Fabrik im thüringischen Greiz. Werksleiter dieses „Nationalsozialistischen Musterbetriebs" ist Dr. Ing. Rudolf Schwarz, Parteigenosse seit 1933, Mitglied in vier Parteiorganisationen sowie ab 1936 Kreiswirtschaftsberater der NSDAP.

Damit ist er für die Erfassung aller Unternehmen im Landkreis Greiz zuständig, die man gewinnbringend „entjuden" kann.



Quelle: Bundesarchiv

NSDAP-Mitgliedskarteikarten von Dr. Rudolf Schwarz und Otto Eberhardt.

Seine Informationen reicht Schwarz an Otto Eberhardt und dessen Nachfolger Walther Schieber weiter. In umgekehrter Richtung wechselt eine hübsche, frisch arisierte Fabrik am Rhein den Besitzer, die bestens ins Unternehmensprofil von Zschimmer & Schwarz passt. Dessen ungeachtet wird Rudolf Schwarz später, bei seiner Entnazifizierung, behaupten, durch seine Parteimitgliedschaft „keinerlei Vorteile gehabt" zu haben: „Meine, wenn auch geringe Tätigkeit als Kreiswirtschaftsberater hat mich nur noch von meiner beruflichen Arbeit abgehalten."

Herbert Flesch überlebt den Krieg im kolumbianischen Barranquilla. Dort baut der promovierte Chemiker das größte Produktionsunternehmen des Landes für Farben und Lacke auf. Nach 1945 versucht er, die Rückgabe seiner Flesch-Werke-Aktien einzuklagen.

Den Verlust ihres einzigen westdeutschen Werks wollen die neuen Besitzer jedoch ebenso vermeiden wie die an der Arisierung beteiligten Banken und „Privatinvestoren" eine Entschädigungszahlung. In der Chronik von Zschimmer & Schwarz liest sich das so: „Der Rechtsanwalt von Z&S kontaktierte zu Beginn des Verfahrens alle früheren Eigentümer der Aktien. Daraufhin traten das Bankhaus Hardy & Co. sowie die Dresdner Bank dem Prozess als sogenannte Streithelfer bei und schlossen sich in vollem Umfang den Ausführungen von Z&S an."

Die Kooperation zahlt sich aus: Herbert Flesch, der 1935 hatte fliehen müssen, kennt die Verbindungen zwischen Goetz, Eberhardt und Rudolf Schwarz nicht. Er kann die Machenschaften der Dresdner Bank und aller an der Arisierung Beteiligten nicht beweisen und verliert das Verfahren. Bis heute stützt sich Zschimmer & Schwarz auf das Urteil von 1951: Die Flesch-Werke waren seit den 1920er Jahren heruntergewirtschaftet, die Firmenleitung inkompetent und die Kreditkündigung ein ganz normaler Vorgang. Kann das stimmen?

Im historischen Archiv der einstigen Dresdner Bank befindet sich jedenfalls ein Dokument, dass diese Behauptung höchst unglaubwürdig erscheinen lässt. In einer internen Mitteilung der Dresdner Bank von 1933 heißt es über die Flesch-Werke: „Die Leitung der Firma gilt allgemein als sehr rührig und geschickt. Wir selbst unterhalten mit der Gesellschaft seit Jahren eine ausgedehnte Geschäftsverbindung und glauben, dass die Firma für die im Rahmen ihres Geschäftsumfangs beanspruchten Kredite als gut zu betrachten ist." Klingt das nicht eher nach einem Unternehmen, das man arisieren und mit einem Gewinn von 33 Prozent weiterverkaufen konnte?

EPILOG

Herbert Flesch wird erst 1974 vor einem deutschen Gericht Recht bekommen. Der Bundesgerichtshof hebt alle früheren Urteile zur Wiedergutmachung des gegen ihn verübten staatlichen Unrechts auf und erkennt ihm eine Rente zu. Doch für sein 1937 arisiertes Unternehmen wird er niemals einen einzigen Pfennig erhalten. 1979 stirbt Herbert Flesch 89-jährig im spanischen Barcelona.

Carl Goetz gelangt nach Gründung der Bundesrepublik schnell zu altem Einfluss. 1952 wird er Aufsichtsratsvorsitzender der Rhein-Ruhr-Bank AG, einem der Nachfolgeinstitute der nach dem Krieg zerschlagenen Dresdner Bank. Nach deren Wiederherstellung im Jahr 1957 ist Carl Goetz ihr Aufsichtsratsvorsitzender, schließlich sogar „Ehrenvorsitzender". Er wird mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband, einem der höchsten Orden der Bundesrepublik, ausgezeichnet und stirbt hochgeehrt 1965 in Essen.

Rudolf Schwarz, der einstige NSDAP-Kreiswirtschaftsberater, kehrt 1945 nicht mehr nach Greiz oder Chemnitz zurück, sondern geht direkt nach Oberlahnstein. Dort arbeitet er am Aufbau der Firma Zschimmer & Schwarz im Westen. Wegen seiner Nazivergangenheit tritt er zunächst in den Hintergrund. Später übernimmt er bis 1970 die Leitung der Firma und stirbt 1976 in Lahnstein.

Sein Vater Max Schwarz, NSDAP-Mitgliedsnummer 4291298, bekommt das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse und wird Ehrenbürger von Oberlahnstein. Die Straße, an der die arisierten ehemaligen Flesch-Werke liegen, erhält seinen Namen. Er stirbt 1960.

Wer heute auf die Website der Firma Zschimmer & Schwarz geht, findet zu all dem nur einen kurzen Satz: „1939 – Kauf der Flesch-Werke AG in Oberlahnstein am Rhein, ab 1959 Standort der Unternehmenszentrale und die größte Produktionsstätte von Z&S." ■

Armin H. Flesch ist freier Autor und Journalist in Frankfurt am Main und beschäftigt sich seit 2014 mit der Recherche zu arisierten Unternehmen. Derzeit arbeitet er an einem Buch zu diesem Thema.

Stefan Querl

„Einig Vaterland“? Eine ganz persönliche „Spur der Steine“ von West nach Ost

Fast dreieinhalb Meter sind sie hoch, die Betonblöcke eines arg sperrigen Mahnmals namens „Unteilbares Deutschland“ mitten im westfälischen Münster. Umwickelt durch eine Kette, eisenhart, kalt, unbeweglich, symbolisieren sie die Macht-Blöcke des Kalten Krieges, die zweierlei Teile Deutschlands, die noch so unüberbrückbar getrennt erschienen und eben doch symbolisch irgendwie aufs Engste als „Einig Vaterland“ verbunden verbleiben sollten: Zeichen der Zeit, als die Freiplastik in der Innenstadt von Münster aufgestellt worden war. Und zwar im Winter vor dem Berliner Mauerbau ab 13. August 1961. Anni Buschkötter, eine Absolventin der Werkkunstschule Münster, hatte das „Unteilbare Deutschland“ geschaffen – und 30 Jahre später in Euphorie nach der ‚Friedlichen Revolution‘ angeregt, noch ein Schild anzubringen. Mit den Jahreszahlen 1945–1990.

Foto: privat

Stefan Querl vor dem Mahnmal „Unteilbares Deutschland“ in Münster.

Die zwei Beton-Klötze sagten mir lange Zeit herzlich wenig. Doch ausgerechnet das Schild, das zur deutsch-deutschen Teilungsgeschichte und deren Überwindung weist, weckt in mir aufwühlende Erinnerungen: Tief im Westen aufgewachsen, besuchte ich als Schüler in den letzten drei Jahren der real existierenden DDR oft mit meinen Eltern Dresden, Weimar, Eisenach, Lychen, Potsdam, Aschersleben, Ost-Berlin, Schwedt, Guben und Frankfurt. Von Rhein, Ruhr und Aa bis an Oder und Neiße – das war einerseits ein richtiges Abenteuer aus meiner jugendlichen Sicht. Und bei den Grenzkontrollen hatte ich plötzlich regelrecht Angst.

Wendehälse und Besserwessis

Heute bin ich froh, „drüben“ mit vielen Deutschen offen geredet zu haben, als sie noch DDR-Bürgerinnen und Bürger waren. Denn ich hoffe, dadurch auch Wandel, „Wende“ und „Wendehälse“ oder andere harte Wechsel der jüngsten drei deutschen Jahrzehnte etwas besser zu begreifen. Und auch mal Unbegreifliches einfach stehen lassen zu können.

Vor allem die zerstörte Dresdner Frauenkirche mit Martin Luthers Statue in Bronze davor hat sich mir als ein Bild bis heute tief in die Seele gebrannt. Und ich muss zugeben, dass ich als junger „Besserwessi“ Mitte der 1990er Jahre vehement gegen einen Wiederaufbau des Ensembles war. Damals erschien mir das mahnende Gedenken an den Zweiten Weltkrieg deutlich wichtiger als irgendeine rekonstruierte barocke Touri-Kulisse.

„Spur der Steine“ – Bedeutungen hier wie dort

Verstanden habe ich erst viel, viel später, was diese Kirche den Menschen in Sachsen, Stiftern, Spendern, Frommen auf der ganzen Welt bedeutet. Wie stark das Leiden an der „Barack- statt Barockstadt“ Dresden war. Am Zwinger der so genannte „Fresswürfel“, Verfall in der Neustadt, Steinhaufen und Bombenkrater der Kirche taten in den Augen weh.

Wie gepuzzelt und „gepatchworkt“ wirkt die Fassade der neu aufgebauten Frauenkirche jetzt oft auf mich: Der alte Sandstein, der mit verbaut wurde, hat Patina, auch hier macht sich Eisen bemerkbar. Das neue Material aus Elbsandstein dunkelt noch nach. Auch den Beton und die Eisenkette des „Unteilbaren Deutschlands“ auf dem Rasen an der Promenade zu Münster sehe ich inzwischen mit völlig anderen Augen als noch vor zehn, zwanzig, dreißig Jahren. Mir ist jetzt klar, dass wir die „Spur der Steine“ hier wie dort mit ihren Bedeutungen, mit Verve, Appellen, Sorgen, Nöten intensiver verfolgen müssen, um einander auch als Menschen besser zu verstehen. ■

Stefan Querl ist stellvertretender Sprecher aller Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und stellvertretender Leiter des Geschichtsorts Villa ten Hompel in Münster.

Bernd Faulenbach

Zur Auseinandersetzung um das Erbe von 1989

30 Jahre nach der Friedlichen Revolution gibt es mancherlei Streit über das Erbe von 1989, über die Folgen der Wiedervereinigung in Ostdeutschland und über das gegenwärtige Deutschland – über das Verhältnis von Ost und West, Nord und Süd, Stadt und Land, über den Populismus und die Klimapolitik. Einige Aspekte seien hier aufgegriffen: der Anspruch der AfD auf das Erbe von 1989, die Schattenseiten des Vereinigungsprozesses, die Aufarbeitung von Geschichte während der 1990er Jahre, differierende mentale Prägungen im Hinblick auf Nation und Europa sowie gemeinsame Aufgaben in der Gegenwart.

I

In jüngster Zeit, vor allem in den Landtagswahlkämpfen, haben führende AfD-Politiker wie Andreas Kalbitz, Björn Höcke und Jörg Urban versucht, sich zu Erben der Revolution von 1989 zu stilisieren. Dies ist schon insofern erstaunlich, als führende AfD-Politiker westdeutsch geprägt sind, so stammt etwa Kalbitz aus Bayern und Höcke wuchs in Neuwied am Rhein auf. Und im Hinblick auf die Ziele erscheint diese Selbststilisierung so abwegig, dass Richard Schröder von dem Versuch spricht, 1989 zu „kapern". Es ging 1989 um Freiheitsrechte, um Selbstbestimmung, um das Ende von Bevormundung, selbstverständlich auch um die Verbesserung der Lebensverhältnisse. Worin die gemeinsame Schnittmenge der damaligen Bürgerbewegung und der AfD und ihren Umfeldern heute bestehen könnte, bleibt nebulös. Die implizierte Parallelisierung der DDR-Diktatur und der Demokratie im vereinigten Deutschland ist absurd, vielleicht sogar infam zu nennen. Man mag bei der ganzen Sache an das Wort von Karl Marx denken, dass in der Weltgeschichte viele Ereignisse zweimal geschehen, einmal real, dann aber als Farce.

Sinn macht es allerdings durchaus, erneut nach den Hoffnungen und Ideen von 1989 zu fragen, die uneingelöst sind oder utopisch waren. Jedenfalls war der Herbst 1989 mehr als die bloße Vorgeschichte der Wiedervereinigung.

Selbst über die Wiedervereinigung, die damals überraschenderweise möglich wurde, wird man offensichtlich noch einmal reden müssen, über die Konstellation, in der sie stattfand, über das Scheitern der DDR, das dem Vereinigungsprozess eine asymmetrische Struktur gab. Und doch sind Begriffe wie „Anschluss" (in Analogie zu Österreich 1938) und „Übernahme" (so der Begriff von Ilko-Sascha Kowalczuk in seinem jüngsten Buch) angesichts des komplexen Wiedervereinigungsprozesses kritisch zu diskutieren.

II

Die Schattenseiten des Vereinigungsprozesses, den man lange als „Transformationsprozess" bezeichnete, haben wir uns noch einmal zu vergegenwärtigen. Viele »

Von Arbeitslosigkeit bedrohte Stahlarbeiter der Maxhütte Unterwellenborn demonstrieren 1990 gegen die Treuhandanstalt.

Foto: Klaus Franke/ADN ©Bundesarchiv

» Hunderttausende wollten endlich freie Menschen sein, schüttelten die Diktatur ab, um selbstbestimmt zu leben, und wurden erneut zu Objekten anonymer Prozesse, die ihren Alltag beherrschten. Vor allem wurden sie arbeitslos. Dies hat gewiss bei vielen zu Enttäuschungen und bei nicht wenigen zu Traumatisierungen geführt, zumal die DDR eine Arbeitsgesellschaft war, in der sich das Leben vielfach im und um den Betrieb abspielte. Das Geschehen wirkt – sogar intergenerationell – bis heute nach.

Sicherlich war dies von niemandem beabsichtigt. Die osteuropäischen Märkte waren weggebrochen und für die wirtschaftliche Vereinigung gab es keine Blaupausen. Allerdings trugen einige Entscheidungen, die von den Ostdeutschen erzwungen wurden – etwa der 1:1-Umtauschkurs und der Verzicht auf eine Sonderwirtschaftszone, die die Produktivitätsfrage hart stellten –, zum Niedergang der Industrie erheblich bei. In diesem Kontext bedarf es jedoch auch einer kritischen Neuaufarbeitung der Rolle der Treuhand, die – wie das große Buch von Marcus Böick zeigt – für viele Ostdeutsche heute die Projektionsfläche ihrer negativen Erfahrungen ist. Die Treuhand, die noch in der Zeit der DDR gegründet wurde, stand vor einer im Grunde unlösbaren Aufgabe. Ob der erfahrene Sanierer Detlev Karsten Rohwedder, der 1991 ermordet wurde, als Präsident der Treuhandanstalt den Übergang weniger hart gestaltet hätte, ist nicht zu beantworten. Seine Nachfolgerin Birgit Breuel setzte jedenfalls einen Kurs sehr rascher Privatisierung durch, der alle überforderte und zur großen Deindustrialisierung der früheren DDR führte. Zu klären, ob hier immer alles mit rechten Dingen zuging, gehört zu den Aufgaben eines großen Forschungsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin. Erst sehr spät rückte in Treuhand und Politik das Konzept der Erhaltung industrieller Kerne in den Vordergrund.

Gerade im Hinblick auf den Transformationsprozess von Wirtschaft und Gesellschaft der DDR bedarf es einer multiperspektivischen Sicht zur Spiegelung der verschiedenen Erfahrungen. Denkbar ist, dass historisch-politische Tagungen zu diesem Thema weiterführen.

Sichtbar dürfte dabei werden, dass es bei westlichen Akteuren sowohl mangelnde Sensibilität als auch mancherlei Ratlosigkeit und nicht zuletzt die robuste Wahrnahme von Interessen gab. Umgekehrt war es die ostdeutsche Seite insgesamt, gerade auch breite Bevölkerungsschichten, die den ganz raschen Beitritt nach Artikel 23 – und nicht den längeren Prozess nach Artikel 146 – gefordert und sich Illusionen über die Wirtschaft der DDR gemacht hatten. Dass die Wiedervereinigung in einer Zeit stattfand, in der der wirtschaftliche Wettbewerb im Zeitalter der Globalisierung die Rahmenbedingungen für alle bot, ist dabei zu berücksichtigen. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit alles, etwa die Entscheidung „Rückgabe vor Entschädigung", alternativlos war. Bei mancher Kritik an der westlich-dominanten Politik erscheint der Begriff der Kolonialisierung jedoch unpassend. In der Ex-DDR existierte kein indigenes Volk, sondern lebten Menschen, die bis 1945 die Geschichte der Deutschen im Westen geteilt hatten. Und das Ziel, einen dritten Weg einzuschlagen, war tatsächlich unter den damaligen Bedingungen unrealistisch.

III

Manche schiefe These ist über den Prozess der „Aufarbeitung" der SED-Diktatur geäußert worden. Abwegig ist etwa die, dass dabei der Westen über den Osten zu Gericht gesessen hätte. Die SAPMO im Bundesarchiv, die Stasiunterlagenbehörde, die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, die Stiftung Aufarbeitung sind von ostdeutschen Abgeordneten angeregt worden, die durchweg aus der DDR-Oppositionsbewegung stammten. Politiker aus dem Westen waren dabei häufig skeptisch, so etwa Helmut Kohl, der die Stasiunterlagen am liebsten vernichtet hätte. Und der Verfasser kann aus den Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages in den 1990er Jahren berichten, dass es hier so gut wie nie Ost-West-Konfrontationen gab. Die Willensbildung erfolgte bei Sachkontroversen zur Interpretation historischer Tatbestände vielmehr quer dazu. Zwar standen in der Arbeit der Kommissionen über die DDR-Geschichte anfangs in erheblichen Maße Verantwortliche (auch Täter) auf der einen Seite und Opfer auf der anderen Seite im Vordergrund. Diese polare Sicht wurde jedoch bald durch andere Perspektiven ergänzt, die die gesamte gesellschaftliche Entwicklung umfassten und durchaus differenziert das Leben in der DDR, etwa die Rolle der Frau, die Bedeutung der Kinderkrippen, die Funktion von Polikliniken und dergleichen in den Blick nahmen und andererseits die „Durchherrschung" des Alltags nicht ausblendeten.

Allerdings spielte zu Beginn die Analogie zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit eine Rolle: In der deutschen Öffentlichkeit und auch im Bundestag wurden Stimmen laut, die dazu aufforderten, bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur die Fehler zu vermeiden, die bei der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit im Westen gemacht worden waren. Generell wurden NS-Zeit und die Zeit der SED-Diktatur häufig allzu dicht zusammengerückt. Doch schon im Laufe der 1990er Jahre setzte sich eine stärker differenzierende Sicht durch, die etwa im Hinblick auf den Holocaust und die kommunistischen Verbrechen in der DDR die beiden Diktaturen zu unterscheiden wusste.

Bemerkenswerterweise ging die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit weiter – übrigens unter vergleichsweise geringer Beteiligung Ostdeutscher, wie Ines Geipel hervorhebt. Die ostdeutsche Historikerin und Publizistin hat pointiert die These aufgestellt, dass die besondere Resonanz der AfD wie auch das geringe Interesse an den Opfern der SED-Diktatur in Ostdeutschland mit der mangelnden Auseinandersetzung mit der Verantwortung auch der Ostdeutschen für die NS-Politik zusammenhänge. Schließlich habe die SED mit ihrem Antifaschismus diese Frage im Grunde tabuisiert. Über diese These sollte diskutiert werden.

Dass im Übrigen Ost- und Westdeutsche bei der Aufarbeitung der jüngsten Geschichte fruchtbar zusammenarbeiten können, hat der Verfasser nicht nur in den Enquete-Kommissionen, sondern auch bei verschiedenen wissenschaftlichen Projekten seit den 1990er Jahren erlebt.

IV

Unterschätzt wurden 1989/90 und in der Folgezeit die Nachwirkungen der unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Ost- und Westdeutschen in den jeweils vorherrschenden Mentalitäten. Auch wenn man sich hüten muss, die Einstellungen der Ost- und Westdeutschen als Großgruppen zu homogenisieren, gab es eben doch einige kollektive Unterschiede,

wie der Verfasser mit zwei Kollegen bei einem Projekt zur Analyse des historisch-politischen Bewusstseins von ost- und westdeutschen Arbeitnehmern Mitte der 1990er Jahre feststellte. Beispielsweise erwarteten die Menschen in Henningsdorf bei Berlin oder in Frankfurt an der Oder viel mehr vom Staat als die in Dortmund und Bochum. Zugleich tendierten sie stärker dazu, für alle Probleme ihres Lebens Staat und Politik verantwortlich zu machen, eine Tendenz, die sich übrigens auch im Westen in jüngster Zeit verstärkt hat.

Sehr unterschiedlich war auch die Einstellung zu Nation und Europa. Manchen Beobachtern war schon vor 1989 die DDR als der „deutschere" der beiden deutschen Staaten erschienen. Zwar hat das SED-Regime einen verbalen Internationalismus gepflegt, der in erheblichem Maße ein Vehikel des sowjetischen Machtanspruchs war, wie schon der polnische Philosoph Leszek Kolakowski erklärte. Doch als es um die Abwehr der Ideen der Solidarnosc ging, hatte die SED-Führung keine Bedenken, antipolnische Ressentiments zu fördern. Jedenfalls sahen sich die DDR-Bürger nach Ende ihres Staates vor allem als Deutsche. Sie traten jedoch einem Staat bei, in dem – besonders in den Bildungsschichten – das postnationale Denken gepflegt wurde. Für nicht wenige war hier Europa an die Stelle der Nation als politische Bezugsgröße getreten, ein Europa, das der Bevölkerung im Osten eher fremd war. Auch dieser Gegensatz wirkt wohl immer noch nach. Einzuräumen ist, dass die Westdeutschen mit ihrer Tendenz, die Nation zu substituieren, in Europa doch eher alleine stehen; wohl in den meisten Ländern überwölbt Europa die weiterbestehenden Nationen. Realiter ist dies ja auch in Deutschland der Fall. Doch haben manche Missverständnisse zwischen Ost- und Westdeutschen in der postnationalen Tendenz ihre Ursache.

In vielerlei Hinsicht scheint der Ost-West-Gegensatz heute in erheblichem Maße ein Produkt der Medien und politischen Kräfte, die Unterschiede instrumental zu nutzen versuchen (wie etwa AfD und Linkspartei). Doch über einige grundsätzliche Fragen, nicht zuletzt über das Demokratieverständnis, werden wir in Deutschland offenbar erneut Diskurse zu führen haben, bei denen historische Erfahrungen einzubeziehen sind – besonders auch der Menschen, die in Ostdeutschland gelebt und 1989/90 diesen Staat DDR aufgegeben haben.

Demokratie ist in einem langen, mühsamen Prozess entstanden, der gewiss unabgeschlossen ist: Demokratie ist insofern auch weiterhin eine Aufgabe. Es wäre jedoch überaus leichtfertig, die Ergebnisse dieses Prozesses zur Disposition zu stellen. Davor ist vor dem Hintergrund deutscher und europäischer Geschichte zu warnen.

*

Manches erscheint in der derzeitigen Diskussion über das Ost-West-Verhältnis arg verzerrt. Der wirtschaftliche Abstand hat sich deutlich verringert, die Arbeitslosenzahlen haben sich stark einander angenähert, und die übergroße Mehrheit der Ostdeutschen beurteilt die eigene Lage positiv. Regionen mit Problemen gibt es auch in Westdeutschland. Vielerorts gilt es, daran zu arbeiten, die vom Grundgesetz gebotenen gleichen Lebensverhältnisse zu schaffen.

Reden müssen wir darüber, was unsere Demokratie ausmacht. Dass Demokratie gesellschaftlichen Pluralismus zur Voraussetzung hat und nicht zuletzt – wie schon in der Weimarer Zeit Hans Kelsen lehrte – in der Fähigkeit zum Kompromiss besteht, ist ebenso zu betonen wie die Auffassung, dass Demokratie mehr als Mehrheitsherrschaft ist. Jedenfalls können verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger sich nicht damit abfinden, wenn 40 Prozent der Ostdeutschen mit dieser Demokratie zu fremdeln scheinen. Und die Ostdeutschen müssten sich die Frage stellen, ob die realen oder vermeintlichen Benachteiligungen nicht auch damit zusammenhängen könnten, dass sie sich zu wenig auf die Mitwirkungsmöglichkeiten einlassen.

Schließlich gilt es gemeinsam beherzt die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben wahrzunehmen. Deutschland hat seine Rolle in Europa und in der Welt angesichts des Rückfalls in ältere Denkmuster verantwortungsbewusst auszufüllen. Wichtige Fragen, wie die der Regulation der Finanzmärkte und eine mutige und realistische Klimapolitik, lassen sich nur im Verbund mit anderen vorantreiben. Es kommt heute mehr als in den Jahrzehnten zuvor auf die Deutschen an, auf die West- und die Ostdeutschen. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Historiker und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

■ Buchenpfehlung:

Ines Geipel
Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass
Klett-Cotta, Stuttgart 2019
Gebundene Ausgabe, 277 Seiten
IISBN 978-3-60896-372-4 · 20,00 €

Rainer Eisfeld

Gefährdungen der Demokratie: Politikwissenschaftler müssen sich stärker einmischen

Angesichts aktueller Bedrohungen der Demokratie ist gerade die Politikwissenschaft dringend gefordert, Gegenstrategien zu demokratiefeindlichen Entwicklungen zu erarbeiten und öffentlichkeitswirksam zu vertreten. Was kann das Fach tun – und welche Voraussetzungen sind erforderlich?

Für eine Antwort ist ein Blick auf den Gesamtumfang notwendig, den die Gefährdungen bereits angenommen haben. Selbst klassische Demokratien wie England oder die USA wirken heute instabiler als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit 1945 – Resultat mehrerer Entwicklungen, von denen jede für sich genommen ausreichen würde, um die demokratischen politischen Systeme unserer Gegenwart zu untergraben:

- Immer rascherer sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Wandel ruft Zukunftsangst bei den Betroffenen hervor. Schnelligkeit und Ausmaß der Umbrüche wecken Aggressionen gegen demokratische Einrichtungen und Verfahren. Die Politikwissenschaft muss Bürgerinnen und Bürger gezielt dabei unterstützen, Wandel ohne Zorn, Furcht oder Apathie zu akzeptieren, ihn an den Maßstäben sozialer Gerechtigkeit zu messen und auf mitwirkendender Gestaltung zu bestehen.

- Zunehmend krassere Einkommens- und Vermögensunterschiede wirken sich nachteilig auf die Bereitschaft und Fähigkeit schlechter gestellter Bürgerinnen und Bürger zu politischer Beteiligung aus, damit aber auch auf die Berücksichtigung ihrer Interessen. Dies muss die Politikwissenschaft der Öffentlichkeit unablässig und nachdrücklich vor Augen halten. Sie muss ihren Beitrag zur Wiederbelebung einer „moralischen Ökonomie" leisten, welche die bis ins Obszöne gesteigerte Kluft zwischen höchsten und niedrigsten Einkommen nach Fairness-Gesichtspunkten verringern will. Sie muss – um ein weiteres Beispiel zu nennen – auf die Abschaffung jener Steueroasen drängen, deren Existenz die Panama Papers und die Paradise Papers endlich ins öffentliche Bewusstsein gerückt haben. Ein OECD-Bericht hat 2015 die Körperschaftssteuern, die den G20-Staaten durch diese Oasen verloren gehen, auf 240 Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt.

- Die systematische Verbreitung von Lügen durch Politiker (gravierende Bei-

Die Demokratie ist bedroht und wird auch von Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt. Hier ist auch die Politikwissenschaft gefordert entgegenzuwirken.

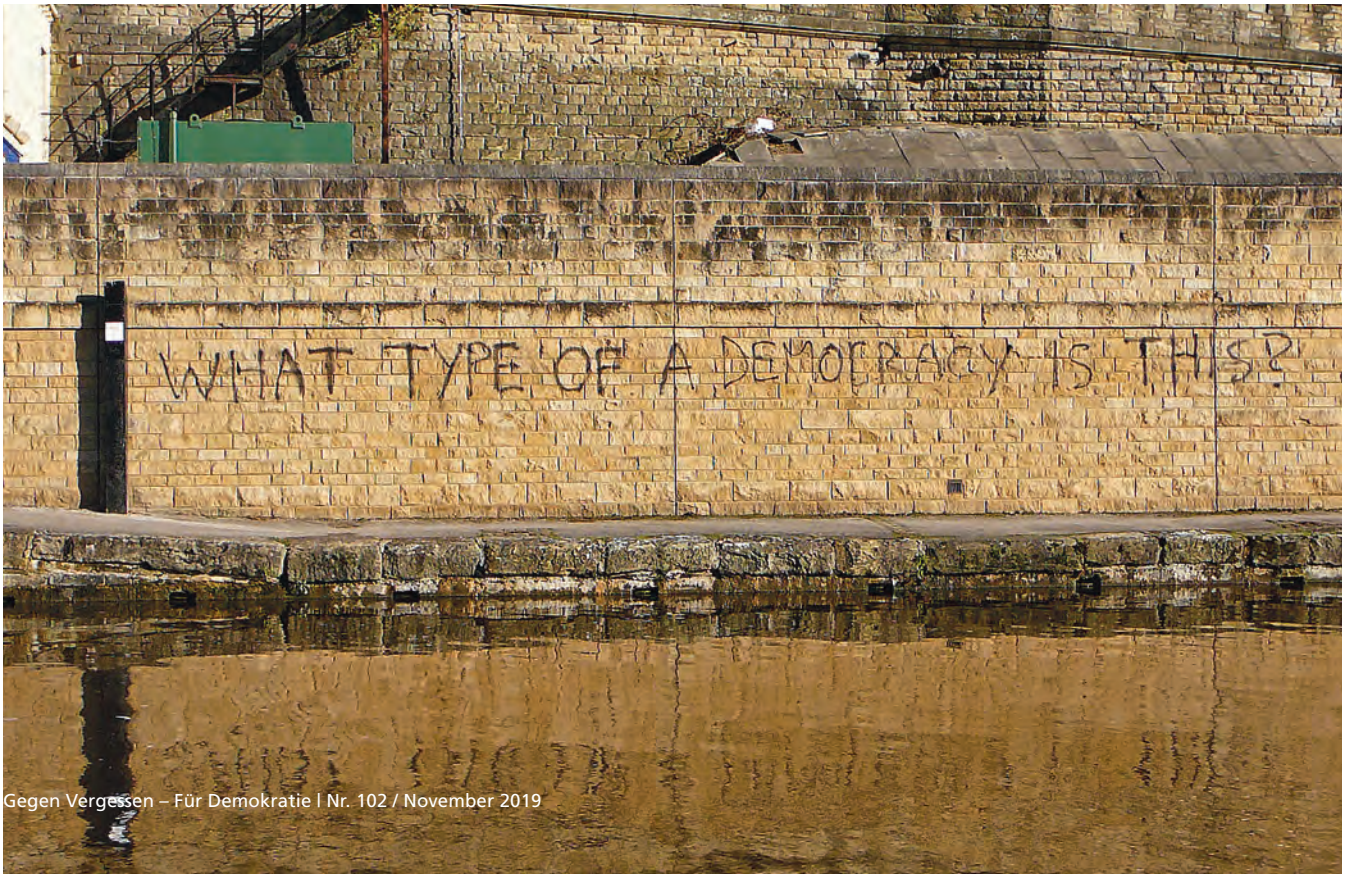


Foto: Tim Green/flickr

spiele: Brexit- und Trump-Kampagnen) vergiftet die informierte Mitwirkung der Bürger an ihren Wurzeln. Politikwissenschaftler sollten, wann immer notwendig, als „Whistleblower" auftreten: Sie müssen Falschaussagen von Politikern, Parteien und Regierungen aufdecken und öffentlich anprangern – besonders dann, wenn solche Aussagen auf die Förderung von Freund-Feind-Klischees und Wagenburgmentalität gerichtet sind.

- Fremdenfeindliche Vorurteile polarisieren Gesellschaften. Politikwissenschaftler sollten Integrationspakte zwischen nationalen, regionalen und lokalen Instanzen, wie sie die OECD vorschlägt, anregen, unterstützen und begleiten. Solche Pakte müssen, um zu wirken, Wohnverhältnisse, Erziehung, Ausbildung, Arbeitsmarktzugang sowie Rekrutierungskriterien der Polizeikräfte zwingend einbeziehen.

- Digitale Massenüberwachung im Rahmen von Antiterrorismus-Strategien höhlt die Bürgerrechte aus. Ihre Wirksamkeit hat sich überdies als zweifelhaft erwiesen. Die Politikwissenschaft sollte stattdessen auf Erarbeitung und nachdrückliche Propagierung von „Soft power"-Strategien inklusive Deradikalisierungsmaßnahmen setzen. Solche Strategien müssen offenkundig mit wirksamen Integrationsprogrammen gekoppelt werden, um unter Immigrantengruppen Vertrauen und Kooperationswillen zu schaffen.

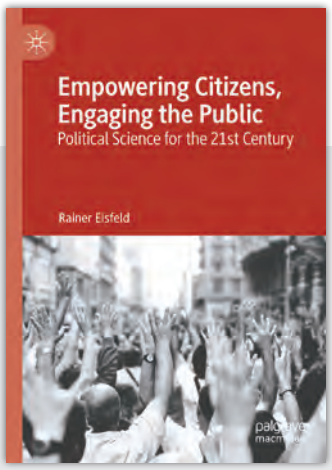
- Wirksame internationale Maßnahmen gegen den Klimawandel werden derzeit durch „Vetospieler" unterlaufen. Menschliches Leid und Fluchtbewegungen als Folgen von Klimakatastrophen können Demokratien jedoch destabilisieren. Die Politikwissenschaft muss weit sichtbarer als bisher klimapolitisch auftreten. Sie sollte vorrangig an der Einbeziehung effektiver Klimaziele in urbane Entwicklungspläne mitarbeiten, wie sie die Allianz „C 40 Cities Climate Leadership Group" – derzeit 94 Städte in Afrika, Asien, Australien, den beiden Amerikas und Europa (darunter zwei in Deutschland) – für die Bevölkerungszentren der Erde betreibt.

Schlussfolgerung:
Die Disziplin muss erstens ihre Forschungsanstrengungen vorrangig auf jene Kernbereiche ausrichten, in denen demokratische Gestaltungsmöglichkeiten am gravierendsten eingeschränkt werden. Dazu bedarf es der Umschichtung von Fördermitteln, der Konzentration auf Problem- statt Methodenorientierung, schließlich der systematischen Kombination robuster empirischer Erkenntnisse mit programmatischen Lösungsvorschlägen.
Zweitens muss das Fach weit stärker als bisher öffentlichkeitswirksam auftreten. Es muss vor allem auf die Befürchtungen von Bürgern eingehen und bestrebt sein, ihnen zusätzliche Handlungskompetenzen zu vermitteln. Entsprechende Kommunikationsstrategien müssen erlernt und gefördert werden. Dazu müssen die akademischen Karrierevoraussetzungen geändert, vermittlungsorientierte Ausbildungsprogramme entwickelt, eine Umorientierung von Stiftungen, Verlagen und Fachzeitschriften eingeleitet werden.

Um ein derartiges Reformprogramm zu verwirklichen, bedarf es eines „langen Marschs durch die Institutionen" von Universitäten und Fördereinrichtungen, der mit Sicherheit nicht reibungslos ablaufen wird. Und auch wenn Politikwissenschaftler als „öffentliche Intellektuelle" auftreten, werden ihre Stellungnahmen häufig kontrovers ausfallen. Um bei den Adressaten keine verstärkte Verwirrung anstelle verbesserter Orientierung zu bewirken, muss das Fach sich eine politische Debattenkultur erarbeiten. Diese sollte Ähnlichkeit mit den gegenwärtigen Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis aufweisen. Der Verzicht auf unzulässige Vereinfachungen, die klare Begründung vorgebrachter Standpunkte und die Benennung möglicher Alternativen gehören dazu.

Zusammenfassend:
Gefordert ist eine Neuausrichtung des Fachs. Politikwissenschaft muss (wieder) zur engagiert normativen, auf robuste empirische Grundlagen gestützten Demokratiewissenschaft werden, deren Vertreter sich als „öffentliche Intellektuelle" dem aktiven Einsatz für eine gute Gesellschaft verpflichtet fühlen. ■

Rainer Eisfeld ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Er war Gastprofessor an der kalifornischen UCLA und Mitglied des wissenschaftlichen Kuratoriums der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Sein Essay entstand als Reaktion auf die in der Ausgabe 100 der Zeitschrift Gegen Vergessen – für Demokratie (Juni 2019) vorgestellte Studie *The Hidden Majority* sowie die im Heft rezensierten Analysen *Wie Demokratien sterben und Faschismus. Eine Warnung*.



■ Buchenpfehlung:

Rainer Eisfeld
Empowering Citizens, Engaging the Public. Political Science for the 21st Century.
Palgrave Macmillan, London 2019
Taschenbuch (Englisch), 228 Seiten
ISBN 978-9-81135-927-9 · 23,91 €

RAG Südhessen

Klaus Müller

Auf den Pfaden der Friedlichen Revolution

Bildungsfahrten als Möglichkeit, DDR-Geschichte im Westen zu vermitteln

Die „Friedliche Revolution" in der ehemaligen DDR vor 30 Jahren war das Thema der diesjährigen Bildungsfahrt der Stadt Mörfelden-Walldorf. Bei bestem Wetter machten sich im Juni 50 Bürgerinnen und Bürger der Stadt auf, um die thüringische Landeshauptstadt Erfurt zu besuchen. Unter ihnen war auch Bürgermeister Heinz-Peter Becker.

Blick auf die Eingangshalle der Gedenk-und Erinnerungsstätte Andreasstraße in Erfurt.

Die von mir mit Unterstützung von Martina Maurer, Brigitte Kosch und Thomas Krüger vom Hauptamt der Stadt organisierte Fahrt mit dem Bus führte an der Wartburg – Symbol einer ehemals gemeinsamen hessisch-thüringischen Geschichte – vorbei auf den Erfurter Domplatz.

Der Vormittag war der Besichtigung der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße gewidmet, dem einstigen Hauptgebäude und Untersuchungsgefängnis der DDR-Staatssicherheit (Stasi) im Bezirk Erfurt. In zwei Gruppen wurden die drei Ebenen der Ausstellung besichtigt: Der ehemalige Hafttrakt, wie er seit 1990 unverändert erhalten geblieben ist, ein Stockwerk, das Einblicke in die DDR der Jahre 1949 bis 1989 („Die Diktatur") gibt, und ein Stockwerk, das sich mit der Friedlichen Revolution beschäftigt. Im Erdgeschoss befindet sich Thüringens größter Comic: ein Fassadenbild auf dem schwarz-verspiegelten Kubus der Gedenkstätte zeigt Orte der Friedlichen Revolution. Eine sehr moderne Ausstellungskonzeption, die vor allem auf veränderte Wahrnehmungsformen jüngerer Besucherinnen und Besucher zielt, die nicht mehr Zeitzeugen sind.

Wir hatten auch Joachim Heise aus Nordhausen eingeladen, den thüringischen Sprecher von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Durch seinen persönlichen Bericht erhielt der Besuch der Gedenkstätte eine besonders bewegende Note. Joachim Heise war zu Beginn der 1980er Jahre im Zusammenhang mit seinem Ausreiseantrag verhaftet worden, weil er zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin Kontakt aufgenommen hatte. Er wurde in der Andreasstraße inhaftiert, wegen dieser Kontaktaufnahme verurteilt und saß danach in Cottbus im Gefängnis ein, bis er schließlich als politischer Häftling von der BRD freigekauft wurde. Bei der Gestaltung der Gedenkstätte hat er engagiert dafür geworben, die Sichtweise ehemaliger Inhaftierter ausreichend zu würdigen. Seit vielen Jahren engagiert sich Heise in der Erinnerungsarbeit des Landes Thüringen – auch bezüglich der NS-Vergangenheit. Für sein großes Engagement war ihm am 28. Mai 2019 das Bundesverdienstkreuz verliehen worden.

Blick auf die Eingangshalle der Gedenk-und Erinnerungsstätte Andreasstraße in Erfurt.

Fotos: Brigitte Kosch

Fotos: Brigitte Kosch

Das Interesse an der Bildungsfahrt war groß: Die 50-köpfige Reisegruppe aus Mörfelden-Walldorf in Erfurt.

Mutiger Kampf um Freiräume

Am Nachmittag wurden zwei Führungen durch die Stadt angeboten: Während sich eine Gruppe der Geschichte der Stadt Erfurt widmete – eine Tour, die an der Alten Synagoge, der Michaelisstraße mit seinen alten Patrizier- und Fachwerkhäusern, der Alten Universität, der Krämerbrücke und dem Fischmarkt vorbei zum Domplatz führte – begab sich die zweite Gruppe unter Führung des Ehepaares Barbara und Matthias Sengewald zu besonderen Orten der Friedlichen Revolution. Beide hatten in der Mitte der 80er Jahre aus Protest gegen den Plan der Stadt Erfurt, ein großes Areal der Altstadt abzureißen, zur Opposition gefunden. Authentisch schilderten sie die beschwichtigende Art der „Kommunikation" der DDR-Obrigkeit von oben herab. „Wir suchten nach Freiräumen, wo wir unsere Hoffnungen und Wünsche nach Veränderung austauschen konnten", sagte Barbara Sengewald. Die habe es vor allem in den Kirchen der Stadt gegeben. Dennoch habe man auch bei großen Versammlungen in Kirchen oft Angst gehabt, wenn bewaffnete Polizei in den Nebenstraßen stand. Eindrucksvoll schilderte Matthias Sengewald, wie in den Menschen, die sich zu themenbezogenen Gruppen zusammengefunden hatten, schließlich die Fähigkeit zum offenen Meinungsaustauch heranwuchs: „Vor hunderten von Menschen konnten wir in den Kirchen am Mikrofon schließlich sagen, wofür und wogegen wir sind. Eine große Erfahrung der Selbstermächtigung." Barbara Sengewald betonte die besondere Rolle der Frauen bei der Friedlichen Revolution in Erfurt. Die Tour endete an der ehemaligen Stasi-Zentrale, die am 4. Dezember 1989 zu einer DDR-weiten Bedeutung gelangte: Mutig gewordenen Frauen und Männer – unter ihnen die Sengewalds – bemerkten Rauchwolken über dem Haus und hatten schnell die richtige Erkenntnis: Da werden Unterlagen der Stasi verbrannt. Sie blockierten die Zugänge zum Gebäude, besetzten es schließlich und konnten so wichtige Akten vor der Vernichtung bewahren. Ein Akt, der umgehend in der ganzen DDR Nachfolger fand.

Der Aufenthalt in Erfurt endete mit einem Gespräch mit dem „Beauftragten des Freistaates Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur", Dr. Peter Wurschi. Er sieht in der pädagogischen Arbeit einen Schwerpunkt seiner Behörde. Die heutige „Generation der Enkel" interessiere sich für die Zeit vor 1989 in anderer Weise als ihre Eltern und Großeltern. Die Jahre 1989/90 hätten einen tiefgreifenden Bruch dargestellt – nicht nur materiell und wirtschaftlich sondern auch kulturell. Die Vielfalt und Bereitschaft zur Kontroverse in einer offenen Gesellschaft habe man einfach nicht gekannt. Einen Austausch zwischen Ost-West, wie ihn die Bildungsfahrt der Stadt Mörfelden-Walldorf organisiert habe, hält er auch für die Zukunft für sehr wichtig. ■

Thüringens größter Comic! Das Fassadenbild auf dem schwarz-verspielten Kubus mit Bildern von der Friedlichen Revolution 1989 in Thüringen.

Klaus Müller ist Sprecher der RAG Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Sprecher der LAG Hessen. Als Vorbereitung der Bildungsfahrt hatte Vorstandsmitglied **Dr. Maria Nooke** in Mörfelden-Walldorf zudem einen Vortrag über „30 Jahre Friedliche Revolution – Was geht mich das an?" gehalten.

RAG Münsterland

Interview

Augenzeugin mit zwölf Jahren

Janina Hescheles hat die Verfolgung im von Deutschland besetzten Lemberg (heute: Lwiw) überlebt. Die Arbeitsstelle Holocaustliteratur der Universität Gießen hat ihre Aufzeichnungen als Buch veröffentlicht.

Als junges Mädchen überlebte Janina Hescheles (heute Janina Altman) den Zweiten Weltkrieg und die Schoa, der viele ihrer Familienmitglieder und Freunde zum Opfer fielen. Sie selbst kam als Jüdin nach dem Tod ihrer Mutter in das Zwangsarbeitslager Lemberg-Janowska, in dem neben Deportationen in das Vernichtungslager Bełżec auch Erschießungen der Inhaftierten stattfanden. Kurz vor der Auflösung des Lagers im Jahre 1943 wurde Janina durch den Einsatz des zuvor aus dem Lager geflohenen Untergrundkämpfers Michał Borwicz befreit. Bis zum Ende des Krieges konnte sie sich mithilfe falscher Papiere bei verschiedenen Menschen verstecken. Schon drei Wochen nach ihrer Befreiung schrieb sie ihre Erinnerungen und Erlebnisse als Bericht auf. Janina Hescheles ist heute 88 Jahre alt und lebt in Israel. Einer der Herausgeber der Quellensammlung ist Dr. Markus Roth, stellvertretender Leiter der Arbeitsstelle Holocaustliteratur. In der jüngsten Neumitgliederakademie der Regionalarbeitsgruppe Münsterland hatte er die Publikation interessierten Studierenden vorgestellt. Im Interview spricht er über die Hintergründe zu dem besonderen Bericht der Janina Hescheles.

Herr Dr. Roth, das Buch, über das wir heute sprechen, ist ein Zeugnis der Holocaustliteratur, doch wovon handelt es konkret?
Janina Hescheles schildert ihre Geschichte. Sie verfasste ihre Aufzeichnungen als zwölfjähriges Mädchen, kurz nach der Befreiung aus dem Zwangsarbeitslager Lemberg-Janowska. Am Anfang geht es noch einmal kurz um die sowjetische Besatzung Lembergs. Sie ist ja dort groß geworden, und Lemberg wurde von der Roten Armee besetzt. Das war im Hitler-Stalin-Pakt geregelt worden, dem zufolge Ostpolen an die Sowjetunion fiel und der Rest an NS-Deutschland. Darüber schreibt sie, weil ihr

Foto: Markus Roth

Janina Altman (geborene Hescheles)

Vater verschleppt worden war. Anschließend schildert sie ihre Erlebnisse von der deutschen Besatzung nach dem Überfall auf die Sowjetunion, über die Einrichtung des Ghettos in Lemberg, bis hin zu ihrer Zeit im Lager Lemberg-Janowska. Der Bericht endet mit ihrer Befreiung aus dem Lager. Über die Zeit unter falscher Identität berichtet sie nicht mehr.

Was ist das Besondere an diesem Dokument?
Das Besondere ist zum einen, dass das Dokument dem Horizont der Zeit entspricht und nicht durch nachträgliches Wissen oder spätere Eindrücke beeinflusst ist. Dadurch ist es allerdings nicht „authentischer" als Zeugnisse, die nach dem Krieg entstanden sind.

Außerdem ist die Kinderperspektive besonders. Es gibt zwar eine Reihe von Zeugnissen aus der Kinderperspektive, auch Tagebücher. Aber ein zeitgenössischer, derart langer und zusammenhängender Text ist recht selten und über Lemberg und Janowska praktisch einzigartig. Was noch hinzukommt, ist Janinas erzählerisches Können. Das finde ich sehr erstaunlich, wenn man sich vor Augen führt, dass ein zwölfjähriges Mädchen derartige Schrecken erlebt hat, weiterhin in Gefahr schwebt und ohne Eltern dasteht. Es ist erstaunlich, dass ein Kind über die Gräueltaten der Nationalsozialisten berichten kann und emotional nicht völlig überwältigt ist. Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, dass es sprechunfähig ist.

Janina Hescheles wird oft als die „polnische Anne Frank" bezeichnet. Lässt sich ihr Bericht mit dem Tagebuch der Anne Frank denn wirklich vergleichen?
Zunächst herrschte im besetzten Polen eine ganz andere Situation als in den besetzten Niederlanden. Als Janina schreibt, befindet sie sich allerdings in einer ähnlichen Lage wie Anne Frank. Sie schreibt ja in ihrem Versteck. Nur hat Janina zu dem Zeitpunkt Ghetto und Lager erlebt und überlebt. Im Fall Anne Franks steht ihr das Lager noch bevor, in dem sie schließlich ums Leben kommt. Eine Ähnlichkeit bei den beiden ist vielleicht ihre Affinität zur Literatur. Anne Frank, die davon träumt, Schriftstellerin zu werden, und Janina, die Gedichte im Lager verfasst hat. Die Gedichte sind auch der Grund, warum Michał Borwicz auf sie aufmerksam wird und daraufhin ihre Befreiung einfädelt.

Worin unterscheidet sich das Buch von anderen Zeugnissen des Holocaust?
Ein Punkt ist dieser unmittelbare Blick auf das Geschehen, direkt nach der Befreiung aus dem Lager, während Verfolgung und Ermordung der Juden noch weitergehen. Das ist ein deutlicher Unterschied zu vielen Erinnerungsberichten aus der Kinderperspektive, die in den vergangenen Jahren

erschienen sind. Wer jetzt noch lebt und schreibt, war damals ein Kind. Es ist aber etwas anderes, wenn ein alter Mann oder eine alte Frau versuchen, sich in die Perspektive des Kindes zurückzuversetzen und so zu erzählen, wie sie damals waren. Das macht die Zeugnisse nicht weniger wichtig oder authentisch, aber die Erzählhaltung ist eine andere.

Warum ist es wichtig, mit solchen Werken an die Geschichte zu erinnern?
Sie transportieren die Perspektive der Menschen, denen all das zugefügt wurde. Sie waren eben nicht nur passive Opfer, die in einer Statistik untergehen. Sondern Menschen, die eine Geschichte haben und ein besonderes Schicksal. Und sie übermitteln eine Botschaft, die auch für uns heute noch wichtig ist. Janina Hescheles engagierte sich beispielsweise zeit ihres Lebens in der Friedensbewegung und setzte sich als Mitglied einer pazifistischen Gruppe für den Frieden in Palästina ein. Für sie gibt es eine ganz klare Verbindung zwischen ihrer Lemberger Erfahrung und dem, was sie heute in Israel tut.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Foto: privat

Dr. Markus Roth, stellvertretender Leiter der Arbeitsstelle Holocaustliteratur der Universität Gießen

Das Interview führte **Sophie Ullrich**, Studentin der Westfälischen Wilhelms-Universität. Sie ist Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Buchenpfehlung:

Janina Hescheles (Autorin), Markus Roth (Herausgeber)
Mit den Augen eines zwölfjährigen Mädchens. Ghetto – Lager – Versteck
(Studien und Dokumente zur Holocaust- und Lagerliteratur)
Metropol-Verlag, Berlin 2019
Gebundene Ausgabe, 144 Seiten
ISBN 978-3-86331-456-9 · 16,00 €

Das neue Handbuch für Peercoaches ist fertig.

Mit dem Handbuch können Jugendliche ihr eigenes Argutraining planen und gestalten.

Weitere Informationen zum Peerprojekt finden Sie unter:

www.argutraining.de

RAG Nordbaden

Andrea Hoffend

Geschichte begreifen – Demokratie erleben: Das Projekt Lernort Kislau

Wie lässt sich die Aushöhlung einer Demokratie beizeiten erkennen, wie können wir ihr aktiv entgegensteuern, und was kann Geschichtsarbeit zu alledem beitragen? Wie also können wir tatsächlich und im besten Sinne „aus der Geschichte lernen"? Diese Fragen waren es, die eine Gruppe Aktiver der Sektion Nordbaden von Gegen Vergessen – für Demokratie antrieben, als sie im Frühjahr 2012 gemeinsam mit einer Reihe von Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus anderen Vereinen und Verbänden den Verein Lernort Zivilcourage & Widerstand ins Leben riefen.

Inhaltlich wie methodisch wollten wir in der Vermittlung von NS-Geschichte neue Wege gehen: Der Nationalsozialismus solle nicht von seinem Ende her gedacht und erklärt werden. Vielmehr müsse die Weimarer Republik gleichberechtigt mit in den Blick genommen und als eine Zeit begriffen werden, die auch die Möglichkeit des Gelingens in sich barg. Heute, da die Weimarer Moderne im 100. Jubiläumsjahr der Republik endlich wiederentdeckt wird, altehrwürdige Demokratien unter dem Ansturm von Populisten ächzen und auch hierzulande wieder die Gefahr breiter politischer Radikalisierung im Raum steht, mag dieser Ansatz wenig spektakulär erscheinen. Vor siebeneinhalb Jahren hingegen stießen wir damit vielfach noch auf Irritationen.

Wesentliches Ziel unseres Vereins war und ist die Errichtung eines modernen Lernorts, der sich seinem historischen Gegenstand in der räumlichen Dimension des ehemaligen Landes Baden nähert. Vor allem Schülerinnen und Schülern möchten wir an diesem Lernort die Möglichkeit bieten, sich Geschichte aktiv anzueignen und sie in Bezug zu ihrer eigenen Lebenswelt zu setzen.

Die Zeichnung von Katja Reichert verdeutlicht, wie am Lernort Kislau gearbeitet werden soll.

Entstehen soll er auf dem Areal der Schlossanlage Kislau südlich von Heidelberg, die vom Frühjahr 1933 bis zum Frühjahr 1939 als Konzentrations- und Bewahrungslager diente. Seit 1934 war Kislau das einzige KZ in ganz Baden, seit 1935 das einzige im gesamten deutschen Südwesten.

Bei den „Schutzhäftlingen", die unter Beugung basaler rechtsstaatlicher Prinzipien nach Kislau verschleppt wurden, handelte es sich zunächst fast ausschließlich um erklärte politische Gegner der Nationalsozialisten: Kommunisten, Sozialdemokraten, Freigewerkschafter und Reichsbanner-Männer. Später wurden auch sogenannte „Rassenschänder", Zeugen Jehovas und andere angebliche „Volksschädlinge" im Konzentrations- und Bewahrungslager Kislau festgehalten. In den sechs Jahren seines Bestehens durchliefen insgesamt rund 1.500 Männer das Lager. Mindestens einer wurde dort ermordet, viele andere wurden von da aus weiter nach Dachau, Buchenwald oder in andere große Lager deportiert. Dutzende von ihnen fanden dort den Tod.

Als Haftstätte Hunderter früher Nazigegner steht Kislau wie kein anderer badischer Ort für den rasanten endgültigen Übergang von der Weimarer Republik in ein Unrechtsregime ungekannten Ausmaßes. Der Blick auf die erste Phase des nationalsozialistischen Terrors vermag den Sinn für die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur in ganz besonderer Weise zu schärfen. Deshalb möchten wir neben der Verfolgung der politischen Gegner auch deren Aktivitäten in der Weimarer Republik beleuchten und ein besonderes Augenmerk auf das Ringen um den Erhalt der Demokratie vor 1933 richten.

Heute ist in der Kislauer Schlossanlage eine Außenstelle der Justizvollzugsanstalt Bruchsal untergebracht. Der historische Baubestand innerhalb der Schlossmauern einschließlich der einst für das Lager genutzten Gebäude ist damit für uns nicht zugänglich. Ein außerhalb der Mauern gelegenes Bestandsgebäude, das prinzipiell ausreichend Platz für einen Lernort böte, steht leider nicht zur Verfügung. Damit bleibt nur eine Option: die Errichtung eines Neubaus in unmittelbarer Nähe. Das Grundstück dafür stellt das Land Baden-Württemberg unentgeltlich zur Verfügung.

Von 2015 bis 2017 hat das Land unsere Arbeit im Rahmen eines Anschubprojekts gefördert. Auf dieser Basis konnte unser Verein ein kleines hauptamtliches Team aufbauen, das seither die konzeptionellen, inhaltlich-methodischen und organisatorischen Vorarbeiten für die Eröffnung des Lernorts leistet. 2016 hat das Projektteam ein erstes vorläufiges Ausstellungs-, Vermittlungs- und Gebäudekonzept vorgelegt und einen Architekturwettbewerb realisiert. Ein Jugendbeirat sowie ein wissenschaftlicher Beirat begleiten seither die weitere Ausgestaltung des Konzepts.

2018 wurde die Landesförderung für das Projekt Lernort Kislau verstetigt. Es ist damit neben der Gedenkstätte Grafeneck und dem Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg in Ulm das dritte Projekt zur NS-Geschichte in Baden-Württemberg, dem diese Form der Finanzierung zu teilwird. Drei Stadt- und Landkreise sorgen für die nötige Komplementärfinanzierung.

Noch offen ist die Frage nach der Finanzierung des zu errichtenden Gebäudes. Die Erfahrung hat uns gelehrt: Private Geldgeber sind zwar bereit, Mittel für die Ausstellungsarchitektur bereitzustellen, an der Baufinanzierung aber möchten sie sich eher nicht beteiligen. Deshalb sind wir seit 2017 mit den Fraktionen des baden-württembergischen Landtags darüber im Gespräch, ob und unter welchen Voraussetzungen das Land Mittel für den Bau bereitstellen kann.

Was genau soll in Kislau entstehen? Informativ, interaktiv und in Teilen auch partizipativ soll der Lernort sein. Heutigen „Digital Natives", für die die NS-Zeit unendlich weit zurückliegt und deren Wahrnehmung zunehmend visuell geprägt ist, soll er ebenso Anknüpfungspunkte bieten wie Älteren. Auch wollten wir Inhalte und Vermittlung von Anfang an zusammendenken. Das Ergebnis unserer Überlegungen war ein integrales Gestaltungskonzept, das die Geschichtsvermittlung im Zuge eines dialektischen Prozesses eng mit einem Wertedialog verzahnt:

In einer lichten LOBBY möchten wir die Besucherinnen und Besucher gleich eingangs zur Auseinandersetzung mit eigenen Wertfragen anregen. Entlang eines multimedialen GESCHICHTSPARCOURS können sie im nächsten Schritt verschiedene Aspekte badischer Demokratie- und Diktaturgeschichte der Jahre 1918 bis 1945 erkunden. Aufgeteilt in kleine Teams von bis zu sechs Personen, können Schulklassen und andere Gruppen die Themenfelder des Parcours eigenständig im Zuge einer biografisch akzentuierten Spurensuche erkunden. Jedem Themenfeld ist eine allgemeingültige Leitfrage zugeordnet, mittels derer sich die historischen Ereignisse in Bezug zur eigenen Lebenswelt setzen lassen. Sogenannte ZEITFENSTER unterstützen den Gegenwartstransfer, Vertiefungsebenen eröffnen detailliertere Einblick. In einem in den GESCHICHTSPARCOURS eingebetteten FORUM sollen die Besucherinnen und Besucher die Ergebnisse dieser Erkundungen abschließend mit den eingangs aufgeworfenen Wertfragen zusammenführen.

Zukunftsfähiger historisch-politischer Einrichtungen bedarf es heute mehr denn je seit Gründung der Bundesrepublik. Umso mehr hoffen wir, den Lernort Kislau 2020, spätestens aber im Jahr 2021 endlich eröffnen zu können. ■

Die Schlossanlage Kislau heute, von Südosten gesehen.

Foto: LZW

Andrea Hoffend ist Mitglied der RAG Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. · Informationen bzw. Kontakt zum Lernort Zivilcourage & Widerstand e. V. finden Sie im Internet unter *www.lzw-verein.de*; *www.baden18-45.de*; E-Mail: *info@lzw-verein.de*

RAG Nordbaden stellt sich vor

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist dort stark, wo sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um vor Ort gemeinsam für die Demokratie einzutreten. Derzeit bestehen bundesweit 40 Regionale Arbeitsgruppen und Landesarbeitsgemeinschaften, die wir an dieser Stelle vorstellen möchten – mit den Gesichtern, die dahinter stehen. In dieser Ausgabe gibt Sprecherin Ulrike Lucas Auskunft über die RAG Nordbaden.

Foto: privat

Name: **Geburtsdatum:** **Beruf:** **So bin ich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gelandet:**	**Ulrike Lucas** im Jahr 1956 Kauffrau • Mitgründerin der RAG Böblingen-Herrenberg-Tübingen Ende 1999 • seit Umzug 2011 aktiv nun in Karlsruhe
Daraus ziehe ich Motivation für meine ehrenamtliche Arbeit:	• politische Überzeugung mit langjährigem politischen Engagement
Diese Themen interessieren mich besonders:	• wehrhafte Demokratie • Auswirkungen von unfriedlichen Zeiten auf Biografien • Gedenkkultur
Hier bin ich außerdem aktiv:	• Zentrum für seelische Gesundheit, Karlsruhe • Ev. Kirchengemeinde Karlsruhe Neureut-Kirchfeld • Initiative für ein Friedensdenkmal in Karlsruhe • DDR-Museum Pforzheim
Die Idee zur Regionalen Arbeitsgruppe Bielefeld entstand, …	… wohl lange vor meinem Zuzug von Interessierten und politisch Engagierten, die zu meiner Freude und Entlastung auch heute als echte Urgesteine sich immer mal wieder lokal einbringen.
Die Regionale Arbeitsgruppe Nordbaden ist …	• ist nominell zweistellig, aber in realiter konzentriert auf relativ wenige Engagierte aus Karlsruhe und dem direkten Nachbarort • arbeitet überwiegend in Kooperationen • sucht dringend nach Mitgliedern mit Zeit für und Lust auf sinnstiftende Vereinsarbeit
Für die Arbeit in der Regionalen Arbeitsgruppe wünsche ich mir:	• Achtsamkeit, Beteiligung/Anwesenheit oder gar Engagement bei Vereinsaktivitäten vor Ort • konstruktive Unterstützung örtlicher Mitglieder

Unsere Redaktion bittet unsere Leser um Unterstützung:

Haben Sie **Fragen, Anmerkungen, Ideen**
oder andere
Hinweise zur Zeitschrift
oder **zu einzelnen Texten**,
dann schreiben Sie uns gern unter:

redaktion@gegen-vergessen.de

Wir dokumentieren im Folgenden eine öffentliche Erklärung des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte e. V.:

Erklärung über gemeinsame Ziele zur Unterstützung von NachkommInnen von NS-Verfolgten

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. initiierte im Jahr 2018 zwei internationale Arbeitsgruppen. Die teilnehmenden ExpertInnen befassten sich mit den Themen „Historisch-politische Bildungsarbeit" und „Psychosoziale Fragen" im Kontext der Arbeit von und mit NachkommInnen von Menschen, die aus verschiedenen Gründen von den Nationalsozialisten verfolgt wurden. In den Arbeitsgruppen wurde über die spezifischen Bedarfe von NachkommInnen und ihre Rolle als ImpulsgeberInnen für eine partizipatorische, demokratische Erinnerungskultur diskutiert. Es ergaben sich gemeinsame Ziele, zu deren Unterstützung wir mit dieser Erklärung (politische) EntscheidungsträgerInnen und MultiplikatorInnen aufrufen. Wir, die UnterzeichnerInnen, sind überzeugt davon, dass die NachkommInnen von Verfolgten des Nationalsozialismus einen bedeutenden Beitrag zum Verständnis von transgenerationaler Weitergabe von Trauma leisten. Sie setzen wichtige Impulse für die Entwicklung von Programmen zur Erinnerungskultur und gesellschaftspolitischen Arbeit, im Sinne einer offenen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Sie bringen eine bedeutende Perspektive in gegenwartsrelevante Debatten ein und sollen, in der Entwicklung und Implementierung von Programmen, die sich an den authentischen Erfahrungen der Überlebenden und ihrer NachkommInnen orientieren unterstützt werden. Zusammen mit den Überlebenden setzen sich ihre NachkommInnen seit den 1960er Jahren für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen und die Würdigung der Verfolgungsgeschichten ein. Damit leisten sie einen bedeutenden gesellschaftspolitischen Beitrag. NachkommInnen bringen durch ihre Familiengeschichte wichtige Impulse für die historisch-politische Bildungsarbeit mit. Sie sind VermittlerInnen zwischen Vergangenheit und Zukunft, weil sie ihre persönlichen Erfahrungen einbringen. Um die Leistungen von NachkommInnen anzuerkennen, bedarf es eines Empowerments, damit ihre Perspektiven in gedenkpolitische Entscheidungen einfließen können:

- NachkommInnen müssen als ZeugInnen ihrer eigenen Geschichte anerkannt werden. Ihre Erfahrungen sind bedeutsam für die Analyse gesellschaftspolitischer Entwicklungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.
- Es bedarf der Unterstützung und Förderung der Teilhabe von NachkommInnen in gegenwartsrelevanten Debatten, damit ihre Stimmen Gehör finden.
- International gilt es NachkommInnen(initiativen) zu stärken, die sich in die Erinnerungskultur einbringen wollen. In verschiedenen Ländern formulieren NachkommInnen Unterstützungsbedarf im Umgang mit ihrer Familiengeschichte, unter anderem, weil viele von ihnen von transgenerationaler Weitergabe von Traumatisierungen betroffen sind. Bisher mangelt es an Angeboten, die sich speziell ihren Bedürfnissen widmen:
- Es muss fürdiejenigen, Unterstützung bereitgestellt werden, die Hilfe in Anspruch nehmen möchten.
- Es bedarf der Schaffung eines psychosozialen Angebotes für NachkommInnen von nationalsozialistisch Verfolgten. Die gesellschaftliche Teilhabe von NachkommInnen und ihre politische Mitbestimmung müssen gefördert werden. NachkommInnen sind zum Teil von Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen:
- Kontinuitäten der Diskriminierung müssen aufgezeigt und überwunden werden. Insgesamt muss von Politik und Gesellschaft anerkannt werden, dass das Schicksal der Verfolgten des Nationalsozialismus in vielen Fällen das Leben ihrer Kinder und Enkel geprägt hat und noch immer prägt. Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. setzt sich gemeinsam mit den Unterzeichnenden für die Interessen aller Überlebenden und deren NachkommInnen ein.

Christine Bast, Landesverband Deutscher Sinti und Roma e.V. Landesverband Baden-Württemberg (Deutschland) • Julia Bernstein, Frankfurt University of Applied Sciences (Deutschland) • Alina Brehm, Universität Wien (Österreich) • Maria Buko, History Meeting House/ University of Warsaw(Polen) • Marina Chernivsky,Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (ZWST) (Deutschland) • David Clark,Second Generation Network (Großbritannien) • Yael Danieli, Klinische Psychologin in privater Praxis (USA) • Thorsten Fehlberg, Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. (Deutschland) • Eva Fogelman, Psychologin in privater Praxis (USA) • Maggie Gad, JDC-Eshel (Israel) • Gaby Glassman, Psychologin in privater psychotherapeutischer Praxis (Großbritannien) • Swenja Granzow-Rauwald, Junges Komitee der Amicale Internationale KZ Neuengamme (Deutschland) • Erika Hagelberg, Second Generation Network (Großbritannien) • Anita Haviv-Horiner, Bildungsexpertin und Autorin (Deutschland/Israel) • Andreas Hechler, Bildungsreferent (Deutschland) • Nora Hespers, freie Journalistin (Deutschland) • Viola Jakschova, Živá Paměť (Tschechische Republik) • Natan Kellermann, AMCHA Deutschland • Anne Klein, Universität zu Köln (Deutschland) • Dani Kranz, Two Foxes Consulting (Israel/ Deutschland) • Vivien Laumann, Dissens – Institut für Bildung und Forschung (Deutschland) • Nikki Marczak, Australian Institute for Holocaust and Genocide Studies • Anna Meier-Osinski, Arolsen Archives (Deutschland) • Elena Monicelli, Peace School Foundation of Monte Sole (Italien) • Merylin Moos, Second Generation (Großbritannien) • Michael Newman, The Association of Jewish Refugees (Großbritannien) • Abraham Peck, University of Southern Maine (USA) • Peter Pogany-Wnendt, Arbeitskreis für Intergenerationelle Folgen des Holocaust (Deutschland) • Dagmar Pruin, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (Deutschland) • Jost Rebentisch, Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. (Deutschland) • Joram Ronel, Klinik Barmelweid AG (Schweiz) • Elisabeth Schwabauer, Arolsen Archives (Deutschland) • Stella Shcherbatova, Begegnungszentrum Porz der Synagogen-Gemeinde Köln (Deutschland) • Amit Shrira,Bar-Ilan University (Israel) • Marta Simó, Investigacions en sociologia de la religió (Spanien) • Noemi Staszewski, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland • Tom Uhlig, Bildungsstätte Anne Frank (Deutschland) • Oliver von Wrochem, KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Deutschland) • Anika Walke, Department of History Washington University in St. Louis (USA) • Lukas Welz, AMCHA Deutschland • Sahra Zimmermann, Universität Siegen (Deutschland)

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin, schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

An Nierentischen durch den Kalten Krieg

Von Unsicherheit durch Unsicherheit in die Unsicherheit Europas oder wie?

Wie lebt es sich, wenn es so gut wie nichts mehr gibt? Keine Post, keine Bahn, kein Auto, dafür Schiebermaxe, Schwarzhandel und keinen Optimismus? Wie fühlt sich das an, wenn kaum ein Stein noch auf dem anderen sitzt, das Trümmerleben also? Wo soll sie herkommen, die Hoffnung auf solide Verhältnisse, wenn gefühlt alle nicht da weiterleben, wo sie vorher gelebt haben und jetzt doch wieder leben müssten? Wenn die Frage „Wie geht es Ihnen?" keine Antwort braucht, weil man sieht, wie es geht, wenn es nicht geht?
Oder fangen wir anders an: Welche Bilder oder welche Erinnerungen sind sofort im Kopf, wenn wir nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gefragt werden, nach den ersten Tagen damals, den ersten Wochen, den allerersten Monaten? Harald Jähner nennt ein paar „Ikonen", wie er schreibt, diese drei Schwarz-Weiß-Fotos zum Beispiel, die sich aus zeitnahen und viel späteren Geschichtsbüchern in das Gedächtnis eingebrannt haben: die Frau und das Fahrrad, das ihr ein russischer Soldat entreißt; Fotos von Schwarzmarktszenen all überall oder noch genauer: die vorsichtig fliehenden Blicke aller beteiligten Akteure damals; und dann die vielen Frauen, die dicht nebeneinander stehen und entlassenen, heimkehrenden Kriegsgefangenen die kleinen oder ein bisschen größeren Fotografien ihrer vermissten Männer oder ihrer Söhne entgegenhalten … tonlose Aufnahmen damals in Friedland zum Beispiel, ja, aber was sie da rufen oder verzweifelt fragen, das haben wir bis heute noch in den Ohren.

Auch deshalb hat Harald Jähner völlig Recht, wenn er ergänzt: „Diese wenigen Bilder sind visuell so stark, dass sie wie ein immer gleicher Stummfilm die öffentliche Erinnerung an die ersten Nachkriegsjahre strukturieren. Dabei fällt das halbe Leben unter den Tisch." Und genau dieses andere halbe Leben und sehr viel mehr sind sein Thema in „Wolfszeit", in seiner Mentalitätsgeschichte der Deutschen aus den ersten zehn Jahren nach 1945 … primär der Westdeutschen allerdings, ist zu ergänzen. Und das ist schade, äußerst schade.

Blättern wir mal mit Harald Jähner durch die Zeit und die eigenen Erinnerungen und die der Eltern, Großeltern, Urgroßeltern, wenn sie sich denn erinnern wollten. Allein 12,5 Millionen Vertriebene sind auf dem Marsch gen Westen damals, Frauen, Kinder, alte Männer: „Zuzügler", das war der korrekte Begriff in der Verwaltung, „Flüchtlinge", das war die abfällige Variante bei den Einheimischen, „alles Polacken", das war das arrogante Urteil der Alteingesessenen – Ablehnung und Abgrenzung pur oder präziser: „Der Rassismus lebte fort und richtete sich nun munter nach innen."
Stolz tönen in den 1960er Jahren die Behörden vom bundesdeutschen „Eingliederungswunder", die Wissenschaft heute belegt das nicht, im Gegenteil: Jahrelang haben Tausende, Abertausende von Vertriebenen in sogenannten Nissenhütten überlebt. Zwanzig Menschen in einem Raum, in umgebauten KZ und anderen Außenlagern oder in bis heute erhaltenen, noch immer bewohnten „Kleinhaussiedlungen", damals ganz am Rande der Städte und Gemeinden, klein und schnell zu errichten, überschaubar und einheitlich. Oder mit Harald Jähner: „Sie wirkten, als hätten Massen von Eigenbrötlern einen architektonischen Modus gefunden, eng zusammenzuhocken. (…) Bis heute wird man in ihnen das Gefühl nicht los, in der misstrauischen Heimeligkeit, zu der diese uniformen Häuser zusammengerückt sind, das Trauma der Gewalt zu spüren, mit der sich das ‚Jahrhundert der Vertreibungen' an den Menschen ausgetobt hatte."

Harald Jähner
Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945 – 1955.

Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2019
Gebundene Ausgabe, 480 Seiten
ISBN 978-3-7371-0013-7 • 26,00 €

Apropos: Die letzten Barackenlager für Vertriebene wurden erst im Jahre 1966 aufgelöst, zu der Zeit also, da die Behörden positivste Bilanzen verkünden.

„Denn wir hab'n ja den Kopf"

„Marschlied 1945", von Erich Kästner ganz gezielt geschrieben für „eine Frau in Männerhosen und altem Mantel, mit Rucksack und zerbeultem Koffer". Die Nachkriegsgeneration hat das Bild noch im Kopf und die Melodie noch im Ohr: Die Schauspielerin Ursula Herking schlurft abgerissen über eine leere Landstraße, vorbei an einem Panzerwrack und singt mit müder, monotoner Stimme: „In den letzten 30 Wochen / zog ich sehr durch Wald und Feld. / Und mein Hemd ist so durchbrochen, / dass man es kaum für möglich hält / …" Erst ganz zum Schluss werden ihre Schritte kräftiger, der Rhythmus wird härter, eingängiger und schneller auch, als sie singt: „Und nun heißt's von vorn anfangen! / Vorwärts marsch, sonst wird's zu spät. / Links, zwei, drei vier, / links zwei, drei – / Denn wir hab'n ja den Kopf, denn wir hab'n ja den Kopf / Noch fest auf dem Hals."

Das kommt an, die Menschen springen von den Sitzen, wird berichtet, Jubel, Geschrei, Begeisterung. Der Song sitzt und passt und trifft den exakt richtigen Ton. Auch Erich Fried schafft eine solche Identifikation mit seinem „Krüppellied" schon 1945 und dann Wolfgang Borchert natürlich mit seinem Theaterstück „Draußen vor der Tür" (Uraufführung 1947) über den Kriegsheimkehrer Beckmann, der nach wochenlangen Fußmärschen zu Hause vor dem Nichts steht, eben „draußen vor der Tür".

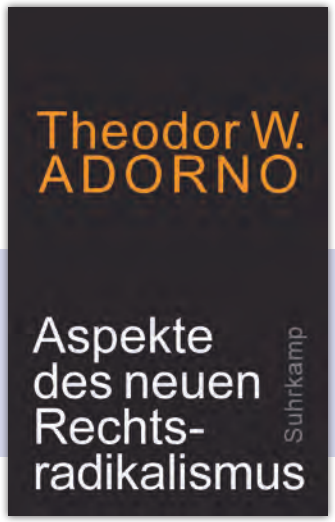
Harald Jähner erinnert daran, dass der gerade 24-jährige schwerkranke Wolfgang Borchert auch eine Art „Gegenstück" zu diesem Drama geschrieben hat: „Stadt, Stadt: Mutter zwischen Himmel und Erde." 1945 geschrieben,1949 erschienen und dann offensichtlich vergessen. Hier ist der Ton ein völlig anderer: Es ist eine rasante Liebeserklärung an Hamburg und an die Elbe und an das Leben. Und sie klingt so: „Hamburg! Das ist mehr als ein Haufen Steine, Dächer, Fenster, Tapeten, Betten, Straßen, Brücken und Laternen. Das ist mehr als Fabrikschornsteine und Autogehupe (…), oh, das ist unendlich viel mehr. Das ist unser Wille zu sein. Nicht irgendwo und irgendwie zu sein, sondern hier und nur hier zwischen Alsterbach und Elbestrom zu sein – nur zu sein, wie wir sind, wir in Hamburg."

Diese Liebeserklärung – vergessen heute, doch „Draußen vor der Tür" ist im Gedächtnis. Nur warum? Harald Jähner formuliert eine kurze, doch einleuchtende Erklärung: Per pedes und oft allein zurück aus dem verlorenen Krieg, dieser „lange Weg zu Fuß wurde zum Mythos. Es nicht nur geschafft zu haben, ‚so weit die Füße tragen', wie ein berühmter Fernsehmehrteiler von 1959 hieß, sondern bis nach Hause gekommen zu sein, war für viele ein Anlass lebenslangen Stolzes. (…) Mit den Erzählungen von der langen Heimkehr ließ sich die deutsche Niederlage zum persönlichen Sieg umdeuten." Und über den ließ sich reden und erzählen, über vieles andere jahrzehntelang nicht: nicht über die Juden und nicht über den Holocaust und nicht über deutsche Schuld.

Theodor W. Adorno – ein Exkurs

Ein Stückchen Zeit zurück und voraus, wenn Sie mögen. Und das geht so: Als der Philosoph und Soziologe Theodor W. Adorno im Oktober 1949 zum ersten Mal aus dem Exil in den USA nach Deutschland zurückkommt, da erwartet er als natürliche Folgen der NS-Jahre hier nichts anderes als „Stumpfheit, Unbildung, zynisches Misstrauen gegen jedes Geistige". Und er findet – Überraschung!! – „intellektuelle Leidenschaft", wie er unter der fragenden Überschrift „Auferstehung der Kultur in Deutschland?" schon im Mai 1950 für die „Frankfurter Hefte" notiert.

Und doch: Ende 1949, fast zur gleichen Zeit also, schreibt Adorno aus Frankfurt am Main an Thomas Mann in Pacific Palisades zurückhaltend misstrauisch: „Ich habe, außer ein paar rührend marionettenhaften Schurken von altem Schrot und Korn, noch keinen Nazi gesehen (…) und das keineswegs bloß in dem ironischen Sinn, dass keiner es gewesen sein will, sondern in dem weit unheimlicheren, dass sie glauben, es nicht gewesen zu sein; dass sie es ganz und gar verdrängen (…) Wenn ich aufrichtig bin, muss ich sagen, dass es immer erst der Reflexion bedarf, um mich daran zu erinnern, dass der Nachbar in der Trambahn ein Henker gewesen sein kann." Zehn Jahre später, 1959, hält Theodor W. Adorno den Vortrag „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit". Seine Ausgangsthese: Das Potenzial des „eigentlich noch nicht sichtbaren Rechtsradikalismus" erkläre sich dadurch, „dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Faschismus nach wie vor fortbestehen." Und 1967 dann, also noch einmal knapp zehn Jahre später, redet Adorno an der Wiener Universität ergänzend über „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus". Hier holt die Vergangenheit heute die Gegenwart ein. Der Suhrkamp Verlag hat diesen Vortrag jetzt mit einem ausführlichen, klug erläuternden Nachwort des Historikers und Publizisten Volker Weiß auf den Markt gebracht. Pflichtlektüre. Man modernisiere den einen oder anderen Begriff um gut vierzig Jahre, man aktualisiere das deutsche Parteiengefüge ein ganz klein wenig über den gleichen Zeitraum (und die Na- »



Theodor W. Adorno
Aspekte des neuen Rechtsradikalismus.
Ein Vortrag. Mit einem Nachwort von Volker Weiß.
Suhrkamp Verlag, Berlin 2019
Broschüre, 86 Seiten
ISBN 978-3-518-58737-9 • 10,00 €

» men der Akteure, der Vor- und Nachdenker auch): Problemlos landet man in der politischen Gegenwart und zwischen den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Parallelen heute, die AfD lässt grüßen. Um es deutlich zu sagen: Beruhigend ist da nichts, doch man kann es jetzt nachlesen, und das ist gut so.

Harald Jähners „Wolfszeit" aber ist eine Fundgrube voller verschwiegener, miterlebter, vergessener, erträumter, wieder ausgegrabener und tatsächlicher Ereignisse im Leben von Emma und Otto Normalverbraucher. Das ist das Wichtigste. Die große Politik bleibt außen vor, sie liefert lediglich Stichworte zwischendurch und ein paar Daten, Fakten, Hintergründe, die für das Verständnis erforderlich sind. Und dazwischen gibt es all das, was das Leben damals wenigstens auf Zeit lebenswert machte. Kaugummis von den Amerikanern, Swing und Jazz fürs Fraternisieren, das Wirtschaftswunder schickte die ersten VW Käfer auf die Straßen und schob dekorative Nierentische, schräge Tütenlampen und kleine Cocktailsessel vor die modern und groß gemusterten laub-stilisierten, üppig farbigen Vorhänge in den Wohnzimmern. Sie werden dann 1959 in viel gewagteren Variationen als „Kunst nach 1945, Malerei – Skulptur – Druckgrafik" auf der documenta II in Kassel zu sehen sein, hochumstritten ein Jackson Pollock, fast andächtig verehrt ein Kasimir Malewitsch. Das wird die Zukunft; die bundesdeutsche Gegenwart mit ihren schwarz-wuchtigen Kredenzen und den dunklen breiten, hohen, tiefen Anrichten voll guten Geschirrs und Aussteuerwäsche rutscht in die Vergangenheit.

Alles gut, 1955? Man wird ja mal wieder träumen dürfen … europaweit?

Wendungen, Windungen, Achterbahn

Europaweit! Versuchen wir es wenigstens mit Unterstützung Ian Kershaws und seines nach „Höllensturz" wieder grandiosen zweiten Bandes seiner Geschichte Europas: „Achterbahn". Kershaw schreibt über die Zeit zwischen 1950 und 2017, im abschließenden „Ausblick" spielt Donald Trump bereits mit, ist Angela Merkel natürlich noch in Amt und Würden, Emmanuel Macron ihr Partner und Gegenspieler zugleich. Theresa May sitzt noch in Downing Street No. 10, der Brexit ist bisher keine Endlosschleife und das Pariser Klimaabkommen bereits zustimmend abgestimmt und bejubelt. Um es vorweg zu sagen: Dieses „Ausblick"-Kapitel nehmen einzelne Kritiker übel, weil es nicht Aufgabe selbst eines Zeithistorikers sein könne, sich in die aktuelle Politik einzumischen mit Urteilen oder Vorurteilen. Er habe sich rauszuhalten, Punkt.

Das sehe ich anders, völlig anders, zumal Ian Kershaw viel zu klug ist, sich selbst aufs Glatteis zu begeben und seine Leserinnen und Leser dahin mitzunehmen. Sein „Ausblick" ist sachlich, voller Schwung, engagiert, frisch und meinungsstark. Kershaw nimmt kein Blatt vor den Mund, wie in den zwölf Kapiteln zuvor auch nicht. „Eine neue Ära der Unsicherheit" ist (ohne Fragezeichen!) die Kapitelüberschrift, und ein wunderbares Kant-Zitat aus dem Jahre 1784 umschreibt die Atmosphäre stimmig: „Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nicht ganz Gerades gezimmert werden."

Zwei europäische Krisenzeiten beschreibt Ian Kershaw ausführlich, zwei ganz unterschiedliche, doch brandgefährliche Epochen in und für Europa und weit über die Grenzen hinaus, voller Risiken, bestimmt von Angst und Ratlosigkeit und einer merkwürdig hilflosen, ja sprachlosen Politik. Die erste Krise: die 1950er Jahre mit der damals kaum noch zu bannenden Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung, eines Atomkrieges zwischen den Großmächten. Ihr Anfang: der Beginn des Koreakrieges, ihr Ende: der Kubakonflikt und das Ende des Koreakrieges.

Die zweite Krise reicht von etwa der Jahrtausendwende bis zum heutigen Tag und noch weiter, steht zu befürchten: dank einer Fülle nicht immer recht greifbarer, auch irrationaler Ängste vor Terrorismus, vor den weitestgehend unbekannten Folgen von Automatisierung und Digitalisierung, vor wirtschaftlichem, vor allem aber sozialem Abstieg, vor der zunehmenden Macht populistischer, also eher unberechenbarer Regierungen, vor Rechtsruck europaweit und wieder zunehmender Kriegsgefahr (auch über Europas hinaus). Ängste und Sorgen vor allem Fremden wie vor allen Fremden: Multikulturalismus als Schreckgespenst. Die Einkommensschere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die aktuellen heftigen Auseinandersetzungen um den Klimawandel, die Klimakatastrophe, ihre Existenz, ihre Folgen und unsere Zukunft zeigen Wirkungen. Das alles ist, wenn es nicht täuscht, flott dabei, Ian Kershaws noch relativ ruhige Analysen zu überholen und fix hinter sich zu lassen. „Eine neue Ära der Unsicherheit" die Folge. Gründe zur Beruhigung? Keine, so jedenfalls sieht es aus.

Mehr Europa! Mehr Europa?

Dabei haben die sieben Jahrzehnte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Europa kräftig verändert, positiv. Demokratien und Rechtsstaaten statt autoritärer Regime in Ost wie West, Mängel und Rückfälle in alte Zeiten immer möglich, wie auch anders? Zunehmender Wohlstand, auch wenn Armut in Europa noch längst kein Fremdwort

Ian Kershaw
Achterbahn. Europa 1950 bis heute.
Aus dem Englischen von Klaus-Dieter Schmidt.
Deutsche Verlags-Anstalt, München 2018
Gebundene Ausgabe, 832 Seiten
ISBN: 978-3-421-04734-2 • 38,00 €

ist. Frieden als Lebenswirklichkeit, Freiheit nicht nur ein Traum, die NATO und die Europäische Gemeinschaft als Garanten dieser Nachkriegswirklichkeiten, an denen große Teile Süd-, Mittel- und Osteuropas inzwischen teilhaben: zögerlich noch, widerstrebend manchmal, wieder auseinanderlaufend noch immer und zu oft. Die Folge: „Jeder Versuch, eine tiefergehende europäische Identität zu schaffen, scheint weiterhin auf unüberwindliche Hindernisse zu stoßen."

Insofern sollte sich niemand wundern: Ian Kershaws Bilanz in „Höllensturz", dem ersten Band seiner europäischen Geschichte, und die Bilanz in „Achterbahn", diesem zweiten Band jetzt, unterscheiden sich deutlich. Er selbst umschreibt es so: „‚Höllensturz' endete versöhnlich. Als Europa zwischen 1945 und 1949 aus der Doppelkatastrophe zweier Weltkriege hervortrat, zeigten die Wegweiser unübersehbar in eine hellere Zukunft – wenn auch im Schatten des Atombombenbesitzes beider Weltmächte. ‚Achterbahn' endet zumindest hinsichtlich der längerfristigen Zukunft des Kontinents weniger eindeutig."
Ich formuliere es pessimistischer (realistischer?): Der große Traum von einer politischen Union Europa ist partei- und länderübergreifend längst in weiteste Ferne gerückt – wenn überhaupt noch existent, dann mit extremem Seltenheitswert. Doch Ian Kershaw wäre nicht Ian Kershaw, wenn er nicht selbst dafür noch ein haltbares Trostpflaster parat hätte, dieses: „Vielleicht ist die vergebliche Suche nach einer europäischen Identität überhaupt unnötig, solange die Bürger der Nationalstaaten des Kontinents sich verpflichtet fühlen, in ihren Ländern die gemeinsamen Grundprinzipien von Frieden, Freiheit, pluralistischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu beachten, den materiellen Wohlstand, der diese Prinzipien untermauert, aufrechtzuerhalten und sich zu bemühen, wo immer möglich die Bande transnationaler Zusammenarbeit und Freundschaft zu festigen."
Dass und wie Ian Kershaw erst der alten Bundesrepublik, später dann dem wiedervereinten Deutschland und ihren Kanzlern und ihrer Kanzlerin zentrale Rollen bei der Transformation Europas zumisst, überrascht dann schon. Deutschland immer im Zentrum des Geschehens „bei allen epochalen Wendepunkten im europäischen Veränderungsprozess", eine ausführlichere Begründung braucht es nicht. Die politischen Details folgen von Datum zu Datum, von Ereignis zu Ereignis.

Dass und wie kritisch Ian Kershaw mit den britischen Premierministern umgeht, nicht zuletzt mit Margaret Thatcher und nicht nur ihrer lauten Europaskepsis oder mit Theresa May und nicht nur ihrer leeren Floskel „Brexit bleibt Brexit", das überrascht schon erheblich weniger. Der nach Interviews bekennende Europäer und mindestens ebenso überzeugte Brexit-Gegner Ian Kershaw klingt genervt und ratlos, wenn er in „Achterbahn" bilanziert: „Die übrige EU verfolgte mit wachsender Fassungslosigkeit, was allgemein als beispielsloser Fall von nationaler Selbstverletzung betrachtet wurde. (…) Wie angesichts einer derart tiefen Spaltung sowohl in der britischen Bevölkerung als auch in den herrschenden Eliten die Verhandlungen über die wünschenswerteste Form der Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU sich entwickeln werden, lässt sich unmöglich voraussagen."

Ian Kershaw hat das nicht zu verantworten: Es ist dies die einzige wirkliche Leerstelle in seiner faszinierenden, umfassenden und ausgesprochen gut lesbaren Studie.

Seine nüchterne Prognose aber gilt unverändert, auch noch, als hier Redaktionsschluss ist und die Sammelrezension in Druck geht, am 10. Oktober 2019. ■

Radikalisierung online – wer sind die Menschen hinter den Maschinen?

Dierk Borstel

Die Digitalisierung verändert auch Radikalisierungsverläufe, so weit ist sich die Extremismusforschung einig. Doch wer sind die Extremisten hinter den Maschinen, Blogs, Foren? Was bewegt sie? Wie handeln sie? Empirische Forschungen in diesem Feld konzentrieren sich bisher auf die Auswertung von Chatverläufen, offenen Foren bei Facebook oder bei WhatsApp-Kommunikationen. Julia Ebner, Expertin für Onlineradikalisierung am Londoner Institute for Strategic Dialogue, reichte das nicht. Sie wollte näher ran. Doch wie gelingt Feldforschung online?

Für Julia Eber heißt die Antwort darauf Kommunikation. Sie schreibt E-Mails, meldet sich in entsprechenden Foren an, beteiligt sich undercover an Diskussionen und überschreitet zwei ethische Grenzen nicht: Weder geht sie in „Vorleistung" bezüglich extremistischer Aktivitäten, noch beteiligt sie sich an Aktivitäten oder gezielten Manipulationen.
Im Ergebnis legt sie ein gut lesbares Sachbuch zur Onlineradikalisierung vor. Analytisch unterteilt sie es in folgende Radikalisierungsphasen: Rekrutierung, Sozialisierung, Kommunikation, Vernetzung, Mobilisierung und Angriff. Zu jedem dieser sechs Aspekte hat sie zwei beispielhafte Reportagen verfasst und so versucht, Merkmale dieser Phasen näher zu erfassen.

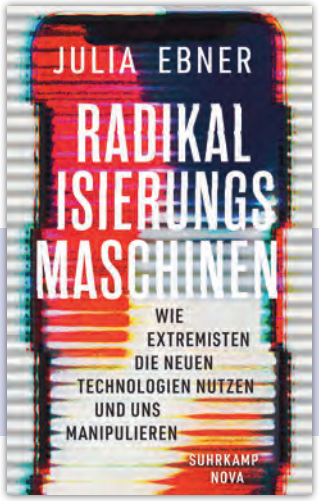
Das Spektrum der untersuchten Gruppen ist dabei überraschend breit. Schon in ihrem viel beachteten Erstling analysierte die Autorin Islamismus und Rechtsextremismus zusammen. Auch hier reichen die Beobachtungen vom klassischen Rechtsextremismus, der sich in Thüringen auf der Wiese zum Nazikonzert trifft, über ein internationales Netzwerk von Dschihadisten, rechtsextremen Mobilisierungsgruppen in den USA, dem neurechten Jungbrunnen der sogenannten Identitären bis hin zu christlichen Fundamentalisten. Interessant sind dabei die Ähnlichkeiten dieser verschiedenen Radikalisierungen. Immer geht es um Anerkennung, direkte Ansprache und Kommunikation. Das Netz hilft dabei, in Sekundenschnelle scheinbare Nähe zu schaffen.

Das Buch gibt aber auch – gut geeignet für Laien – erste Einblicke in die Subkultur der Nerds und eigentlich einsamen PC-Absolutisten. Besonders bei den Verschwörungstheorien wird deutlich, dass hier Ideologen und Online-Aktivisten, denen es nur um die Schaffung von Chaos und Zerstörung sowie Spaß an Irritation und Lüge geht, Hand in Hand arbeiten. Was die einen erfinden, um andere in die Irre zu führen und sich daran zu berauschen, stricken andere aus ideologischen Gründen fort. Dritte erkennen darin ihre persönliche, in sich oft widerspruchsfreie Wahrheit.

Stark und in der Form neu sind die Beschreibungen der persönlichen Begegnungen der Autorin mit den verschiedenen Extremisten – mal bei Kaffee oder Bier, mal getrennt am jeweils eigenen Rechner. Dadurch entstehen Eindrücke von den beteiligten Persönlichkeiten, wie sie bisher – wenn überhaupt – nur wenigen Journalisten gelangen. Diese Vorgehensweise ist in doppelter Weise mutig. Zu keinem Zeitpunkt unterschätzt die Autorin die Gewaltfähigkeit der Extremisten. Sie wägt immer wieder ab, wie weit sie sich ins Feld hineinbewegen darf, reizt aber mitunter auch die Extremisten derart, dass sie selbst zum Opfer eines Shitstorms wird. Interessant ist dabei der Blick auf das Umfeld der Autorin. Ihr damaliger Arbeitgeber fürchtet auf einmal um seinen Ruf und die Autorin verliert ihren ersten festen Job. Dieses Beispiel verdeutlichte der Autorin die Macht solcher hoch professionell organisierten Kampagnen.

Julia Ebner gelingt es in dem Buch, etwas Licht in die dunklen Seiten des Netzes zu werfen. Natürlich bleiben viele Fragen offen. Genauere Persönlichkeitsbilder kann auch sie nicht erstellen – aber sie nähert sich den Personen und denen von ihnen geschaffenen Welten an und fördert so einen erheblichen Informationsfortschritt zur bisherigen Forschung. ■

Dierk Borstel ist Professor für angewandte Politikwissenschaft an der FH Dortmund.



Julia Ebner
Radikalisierungsmaschinen.
Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren.
Suhrkamp Verlag, Berlin 2019
Klappenbroschur, 334 Seiten
ISBN 978-3-518-47007-7 • 18,00 €

Georg Eckert. Ein Diplomat der Völkerverständigung

Dr. Dennis Riffel

Wer war Georg Eckert? Außerhalb von Braunschweig weiß das kaum jemand. Wahrscheinlich können nicht alle Braunschweiger*innen seinen Lebenslauf aufsagen. Aber zumindest wissen viele, dass es ihn gegeben hat, dass eine Straße seinen Namen trägt und auf dem Braunschweiger Hauptfriedhof ein Gedenkstein an ihn erinnert. Und dann gibt es in Braunschschweig auch noch das Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung.

Außerdem ist 2018 ein Buch über Georg Eckert erschienen, das untertitelt ist mit „Von Anpassung, Widerstand und Völkerverständigung". Die Autorin Heike Christina Mätzing arbeitet, kaum zu erraten, in Braunschweig am Institut für Geschichtswissenschaft der TU. Wer also war dieser Georg Eckert und was hat er mit Demokratiegeschichte zu tun?

Kämpferisch in Berlin

Eine ganze Menge. Aber der Reihe nach. Geboren ist er 1912, nein, eben nicht in Braunschweig, sondern in Berlin. Er ging in Berlin-Halensee zur Schule und kam schon als Schüler in Kontakt zu verschiedenen sozialdemokratischen Organisationen. Mit 18 Jahren wurde er SPD-Mitglied, trat 1931 dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und mit Beginn seines Geschichtsstudiums der sozialistischen Studentenschaft bei und leitete bald die Berliner Hochschulgruppe.

Das war kein ruhiger Posten, denn an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität, der heutigen Humboldt-Universität, ging der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund brutal gegen politische Gegner vor. Eckert selbst war häufig in Schlägereien verwickelt. Gerüchte von Todeslisten, auf denen sein Name stand, kursierten. Kurz nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten setzte er sich in das Elternhaus eines Reichsbannerkameraden nach Hildesheim ab – Berlin wurde zu gefährlich.

Getarnt oder angepasst in Bonn

Nach der Zwischenstation in Hildesheim entschloss sich Georg Eckert im Mai 1933, in Bonn weiter zu studieren. Weit weg von Berlin und an einer Uni, die eher von katholischen Studentenverbindungen als von Nationalsozialisten dominiert wurde. So überstand Eckert die Verhaftungswelle, die viele seiner sozialdemokratischen Freunde in die Konzentrationslager brachte oder zur Flucht ins Ausland zwang.

Er verlegte in Bonn seinen Studienschwerpunkt von der Geschichte zur Ethnologie, promovierte 1935 und legte 1936 und 1938 die Staatsexamina für den Schuldienst ab. 1943 folgte dann noch die Habilitation. Tarnung, Anpassung oder beides?

Auf jeden Fall trat er mehreren NS-Organisationen bei, darunter auch dem Nationalsozialistischen Studentenbund, den er wenige Jahre zuvor noch mit Fäusten bekämpft hatte. Als er für das Referendariat wieder nach Berlin ging, folgte der Eintritt in den NS-Lehrerbund und 1937 in die NSDAP.

Widerständig in Thessaloniki

Der Zweite Weltkrieg durchkreuzte das Lehrerleben Eckerts und seine beginnende akademische Karriere zunächst. Er wurde, wenige Monate nach seiner Heirat mit Magda Lauffs, zum Wehrdienst eingezogen und nahm als Funker am Frankreichfeldzug teil. Dann machte er eine Weiterbildung zum „Ergänzungsmeteorologen" und wurde dadurch Wehrmachtsbeamter.

Im Juli 1941 kam er als stellvertretender Leiter einer Marinewetterwarte ins griechische Thessaloniki. Ab September 1942 übernahm er dort die Leitung. Er beobachtete nicht nur Wind und Wellen, sondern betrieb ethnologische Studien. Und er knüpfte Kontakte zur griechischen Widerstandsbewegung ELAS, unterstützte die griechische Bevölkerung, bot Jüdinnen und Juden Verpflegung und Unterschlupf. Er vermittelte zwischen ELAS und Wehrmacht und erreicht die kampflose Übergabe der Stadt.

Schließlich desertierte er gemeinsam mit anderen Mitarbeiter*innen der Wetterwarte offen zur ELAS und blieb in Griechenland, während die deutschen Truppen sich zurückzogen. Zwar geriet er in britische Kriegsgefangenschaft, wurde aber wegen seiner Widerstandstätigkeiten von den Engländern bevorzugt behandelt. Eckert sollte zum Wiederaufbau eines demokratischen Staatswesens nach Deutschland gebracht werden.

Unermüdlich in Braunschweig

Genau dieses Ziel des demokratischen Staatsaufbaus verfolgte Eckert selbst. Allerdings erkrankte er zunächst schwer und kämpfte Ende 1945 mit dem Tod im britischen Lazarett in Goslar. Er kam wieder zu Kräften und nun ging es endlich los in Braunschweig. Er trat wieder in die SPD ein, wurde Dozent und 1952 Professor für Geschichte und für Methodik des Geschichtsunterrichts.

Besonders interessant finde ich, dass Eckert beseelt war von der Idee, Demokratiegeschichte, z. B. die Geschichte der 1848er Revolution, in den Schulunterricht zu bringen. Es gelang ihm aber nicht, seine Ideen bei der Gestaltung neuer Lehrpläne durchzusetzen.

Andere Vorschläge Eckerts blieben zunächst unverwirklicht und wurden viel später von anderen umgesetzt. Beispielsweise hatte er schon 1946 die Idee, eine Historische Kommission der SPD zu gründen, die dann aber erst 1981 eingerichtet wurde. Ebenfalls von 1946 stammt seine Anregung, das Archiv der sozialen Demokratie zu gründen. Dies wurde noch zu Lebzeiten Eckerts, im Jahre 1969, umgesetzt.

Versöhnlich in Europa

Seine Leidenschaft wurden nun Schulbücher. Mit Hilfe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gründete er 1951 das Internationale Schulbuchinstitut, das er bis zu seinem Tod 1974 leitete und das heute seinen Namen trägt. Dabei ging es ihm um Völlkerverständigung und die Aussöhnung Deutschlands mit seinen ehemaligen Kriegsgegnern.

In binationalen Schulbuchkonferenzen und Kommissionen wurden Schulbücher »

» auf verborgene Feindbilder und nationalistische Inhalte geprüft und dann verändert. Schulbuchrevision heißt dazu das Fremdwort.

Eckerts internationales Engagement zur Versöhnung ging aber noch weiter. Er war Mitglied und ab 1964 Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission, die bis heute deutsche Kultur- und Bildungspolitik im Ausland betreibt. Als solcher erreichte er 1972 mitten im Kalten Krieg eine Vereinbarung zwischen Polen und Deutschland über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schulbuchrevision.

Unbekannt in Deutschland

Je mehr ich über Georg Eckert lese, desto interessanter finde ich ihn. Einer der früh kämpft, dann abtaucht und sich anpasst. Aus der Deckung heraus leistet er Widerstand, wird immer mutiger, um dann nach 1945 seine Bestimmung zu finden: Versöhnung über Bücher, sozusagen. Und vielleicht trägt das Buch von Heike Christina Mätzing ja dazu bei, dass ihn bald nicht nur die Braunschweiger kennen. ■

Dr. Dennis Riffel ist Historiker und Leiter des Fachbereichs Geschichte und Erinnerung bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Heike Christina Mätzing
Georg Eckert 1912–1974
Von Anpassung, Widerstand und Völkerverständigung
Dietz-Verlag, Bonn 2018
Gebundene Ausgabe, 592 Seiten
ISBN 978-3-8012-4262-6 • 48,00 €

Haben Sie eine persönliche Demokratiegeschichte, die Sie mit anderen teilen wollen? Dann schreiben Sie doch einen Beitrag für unseren Blog. Lassen Sie sich inspirieren von den bisher erschienenen Texten auf www.demokratiegeschichten.de und wenden Sie sich gern an die Geschäftsstelle: Annalena Baasch, *baasch@gegen-vergessen.de*

DER BLOG demokratiegeschichten.de

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender, Historiker

Ekin Deligöz, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Linda Teuteberg, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Burkard Dregger, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes a. D.

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ernst Klein, Ehrenvorsitzender des Vereins Rückblende Gegen das Vergessen e.V., Volkmarsen

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Direktor für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission in Brüssel

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Ulrike Poppe, ehemalige Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D.

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern a. D.

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012–2014, Wirtschaftsminister in Thüringen

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003–2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993–2000, Bundesminister a. D.

Erscheint demnächst.
Vorbestellung der kostenfreien Broschüre unter
info@gegen-vergessen.de

Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus

Michael Parak/Ruth Wunnicke (Hrsg.)

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und
der Gedenkstätte Deutscher Widerstand